

Veranschaulichungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Drucker: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Ein Vorschlag im englischen Streik.

Die Möglichkeit einer Lösung des Konflikts.

London, 22. Oktober. (WIB.) In einem Brief an die „Times“ sagt Arthur Pugh, der zurzeit des Generalstreiks Vorsitzender des Generalrats des Gewerkschaftskongresses war, wenn die Bergwerksbesitzer oder die Regierung auf die Kapitalisation der Bergleute infolge Verarmung und Erschöpfung gerechnet hätten, so hätten sie sich getäuscht. Nach beinahe sechs Monaten sei noch kein Zeichen eines endgültigen Zusammenbruchs des Widerstandes der Bergleute sichtbar. Natürlich müßten die Gewerkschaftsführer ein Unglück, wie es eine Fortführung des Kampfes bis zum äußersten bedeuten würde, vermeiden, aber auch andere hätten die gleiche Pflicht. Er sei fest überzeugt, daß die einzig befriedigende Lösung des Bergbauproblems in der Anwendung der Empfehlungen der Kohlenkommission liege, wobei angelehnt der inzwischen veränderten Umstände in den einzelnen Kohlenbezirken eine kurze Uebergangsperiode vorzuziehen wäre.

Die „Times“ äußert sich in einem Leitartikel sehr sympathisch über diesen Vorschlag und sagt, wenn Pugh und der Generalrat

die Bergleute dazu überreden könnten, einen solchen Plan anzunehmen, dann würde ein Weg eröffnet sein, dessen Möglichkeit einer sorgfältigen Prüfung durch die Regierung und das Parlament wert sei.

Der Vorschlag Pughs, der einer der klügsten und einflussreichsten Gewerkschaftsführer Englands ist, dürfte nicht von ungefähr gemacht worden sein. Es wird sich in den nächsten Tagen zeigen, ob die Unternehmer jetzt bereit sind, auf den Vorschlag Pughs einzugehen.

Die Äußerungen der „Times“ deuten jedoch die Möglichkeit an, daß Regierung und Parlament bei Hartköpfigkeit der Unternehmer über deren Köpfe hinweggehen könnten. Voraussetzung sei allerdings, daß die Bergarbeiter sich auf den Boden der Vorschläge Pughs stellen. Diese Voraussetzung dürfte zu erreichen sein, wenn die Regierung die Bergarbeiter nicht wieder brüskiert. Der Vorschlag von Pugh wäre eine für die Bergarbeiter durchaus annehmbare Kompromißlösung, die zugleich das Minimum darstellt, das wohl erreichbar ist.

Der „Duce“ als Papst.

Die Hierarchie des Faschismus.

Lugano, im Oktober.

Als Hauptgrund seines Kampfes gegen den Freimaurerorden hat der italienische Faschismus immer den freimaurerischen Treueid angegeben, der zum Gehorsam gegenüber den Bestimmungen des Ordens verpflichtet. Ein italienischer Staatsbürger, sagte man, darf niemand Gehorsam schulden, außer der Verfassung und den Gesetzen. Jetzt verlangt nun aber die faschistische Partei von jedem ihrer Mitglieder den nachstehenden Treueid:

„Ich schwöre, den Befehlen des Duce ohne Widerrede zu folgen und mit all meinen Kräften und, wenn es nötig sein sollte, mit meinem Blut, der Sache des Faschismus zu dienen.“

Es handelt sich also um eine moralische Bindung, die in keiner Weise aus der Verfassung oder den Gesetzen hergeleitet ist, sondern blinden Gehorsam gegen ein Individuum bedeutet. Zu beachten ist weiter — rein regierungstechnisch —, daß, da es nur einen Duce gibt, jede Verpflichtung an dem Tage aufhört, an dem Mussolini stirbt; der Treueid für den König wird gleichzeitig dessen „rechtmäßigen Nachfolgern“ geleistet.

In dem offiziellen Kommuniqué, das das neue faschistische Organisationsstatut einleitet, liest man:

„Der Faschismus ist eine Miliz im Dienste der Nation. Sein Zweck: die Größe des italienischen Volkes zu verwirklichen. Seit seinen Anfängen, die mit der Wiedergeburt des italienischen Sinnes und des Siegeswillens verschmelzen, hat er sich immer als im Kriegszustand befindlich angesehen: zuerst, um die Niederzuerwerfen, die den Willen der Nation erstickten, heute und immer, um die Macht des italienischen Volkes zu verteidigen und zu erweitern.“

Der Faschismus ist nicht nur eine Vereinigung von Italienern um ein gegebenes, verwirklichtes und noch zu verwirklichendes Programm, sondern ist vor allem ein Glaube, der seine Bekenner gehabt hat und nach dessen Regeln die neuen Italiener handeln, wie sie der Kraftaufwand des Siegeskrieges und der nachfolgende Kampf der Nation gegen die Antination ersehen ließ.

Die Partei ist der wesentliche Teil dieser Regeln, und die Funktion der Partei ist grundsätzlich unerlässlich für die Lebenskraft des Regimes. In den rauhen Stunden der Vorbereitung wurden diese Regeln von den Bedürfnissen der Schlacht vorgeschrieben, und das Volk erkannte den Führer an den Zeichen seines Willens, seiner Kraft und seines Wertes.

In der Blut des Kampfes eilte die Tat immer der Norm voran. Jede Etappe war durch eine Eroberung gekennzeichnet, und die Versammlungen waren nur Zusammenkünfte von Befehlenden und Gehorchenden, in denen der Geist der Gefallenen den Vorstoß führte.“ usw.

Es folgen dann 35 Punkte, die festsetzen, wie „die Regeln und die Hierarchien, ohne die es keine Disziplin des Kraftaufwandes und der Volkserziehung geben kann. Licht und Norm von oben empfangen, wo die vollkommene Einsicht besteht in die Eigenschaften und Aufgaben, in die Verantwortungen und Verdienste“. Wir haben also einen faschistischen Papst, der sich von dem andern Papst nur dadurch unterscheidet, daß in ihm die Hierarchie gipfelt, während der gewöhnliche Papst sich noch mit dem heiligen Petrus und der ganzen Dreifaltigkeit auseinandersetzen muß.

Die Organisation ist sehr einfach: Oberhaupt der Duce, dann der vom „Hohen Rat“ ernannte Generalsekretär, der seinerseits die Sekretäre für jede Provinz ernannt, welche Provinzialsekretäre, dann die Sekretäre der einzelnen faschistischen Bezirke. Der „Hohe Rat“ besteht aus den hohen Würdenträgern der Partei, nämlich aus dem Ministerpräsidenten, den Ministern, den Unterstaatssekretären der Präsidentschaft, des Auswärtigen und des Innern, aus den von Mussolini ernannten Vertretern der faschistischen Senatoren, aus den Quadrumviri des Marsches auf Rom, den Mitgliedern des Parteidirektoriums, den Präsidenten des faschistischen Bildungsinstituts und des Verbandes der autonomen Körperschaften, dem Generalissimus oder Generalstabschef der Miliz, weiter aus den Präsidenten des Genossenschaftsverbandes, des faschistischen Arbeitersyndikats und der Unternehmeryndikate (je einen für die Arbeiter und für die Unternehmer) und schließlich aus denen, die Mussolini auf Grund besonderer Verdienste zu berufen für richtig hält. Der „Hohe Rat“ ernannt die Mitglieder des nationalen Direktoriums“, die durch diese Ernennung zu seinen Mitgliedern werden.

Befiehlt man die Sache genauer, so besteht der „Hohe Rat“ nur aus Individuen, die Mussolini ernannt oder bestätigt. Die Möglichkeit eines nicht faschistischen Ministeriums ist nicht vorgesehen. Der „Hohe Rat“ ernannt das Sekretariat, das in neun Unterabteilungen zerfällt. Die erste dieser Unterabteilungen, das politische Sekretariat, kontrolliert direkt die Korporation der faschistischen Lehrer, der Eisenbahner, der Post- und Telegraphenbeamten und hält sich in beständigem Kontakt zum Kommando der Miliz, zum Sekretariat der Auslandsfaschi, zur Präsidentschaft der Konföderation der Arbeiter und der Unternehmer und zu der des Genossenschaftsverbandes. Die lokalen Faschi müssen zwei Versammlungen im Jahre abhalten. Die Strafen bestehen in der Rüge, dem zeitweiligen Ausschluss und der Ausstoßung. Der Ausgestoßene ist völlig aus dem politischen Leben zu entfernen. Die Ausstoßung bedeutet auch Ausschluß aus der

Gegen das Wirtschaftsmanifest.

Französische, italienische und polnische Erklärungen.

Paris, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Handelsminister Botanowski empfing am Mittwoch die französischen Wirtschaftler, die das internationale Wirtschaftsmanifest unterzeichnet haben. Die französischen Unterzeichner erklärten dem Minister, daß sie an der Abfassung der eigentlichen Kundgebung nicht teilgenommen haben und sie auch nicht unterzeichnet hätten; sie hätten ihre Namen lediglich unter das Dokument gesetzt, das irrtümlicherweise als „französische Vorbehalte“, also als nebenständliches Anhängsel zum eigentlichen Manifest hingestellt worden sei.

Diese Erklärung des französischen Handelsministers steht in einem starken Widerspruch zu der Auffassung derjenigen Kreise der französischen Unternehmer, die in der internationalen Handelskammer vertreten und die teilweise selbst Unterzeichner des Manifestes sind. Hat doch die internationale Handelskammer ausdrücklich und einstimmig sich auf den Boden der Erklärung gestellt, wie sie von der gesamten Presse veröffentlicht wurde.

Im übrigen ist auch diese Erklärung ein Beweis dafür, wie sehr die schutzöllnerischen Bestrebungen vieler Staaten durch die Unternehmerrundgebung in Mißkredit gebracht worden sind. Die deutsche schutzöllnerische Presse führt einen wahren Eieranz auf, um zu beweisen, daß ihr Hochschutzzgebiet dasselbe ist wie die Aufhebung der Handelsbarrieren, die die Unternehmer fordern. Nicht anders sucht man in England die haltlose Industrieschuttpolitik, gegen die Wünsche der englischen Freihändler, zu verteidigen. Das amtliche Amerika sucht sich der Konsequenzen, die die Unterschrift der amerikanischen Hochfinanz unter das Manifest nach sich ziehen müßte, dadurch zu entziehen, daß es die ganze Sache als eine rein europäische Angelegenheit erklärt! Am tüchtigsten sind natürlich die nationallistisch eingestellten faschistischen Unternehmervverbände Italiens, die es als Angriff in ihre nationale Selbständigkeit auffassen, wenn ein paar Unternehmer einmal wirklich die Wahrheit sagen!

Das deutsch-französische Verständigungskomitee.

Paris, 21. Oktober. (U.) Am Sonnabend findet in Paris die erste Zusammenkunft des deutsch-französischen Verständigungskomitees statt. Von deutscher Seite nehmen teil u. a.: Reichsgerichtspräsident Simons, Geheimrat Hagen, Geheimrat Deutsch, Präsident Freiherr von Wendelssohn, Graf Brodhagen, von Simson, Graf Oberndorf, Geheimrat Bücher, Dr. von Stauff, Landrat Karl Haniel, Prof. Bruns, Professor Curtius (Heidelberg), Schlubach. Von französischer Seite sind u. a. anwesend: Der frühere Berliner Botschafter Charles Laurent, der Herzog von Broglie, der Vorsitzende des französischen Steinkohlenverbandes Peyerimhoff, Prof. Richterberger, Graf d'Ormeson.

Das Verständigungskomitee wurde Ende des Sommers 1926 von einer größeren Anzahl deutscher und französischer Persönlichkeiten gegründet mit dem ausgesprochenen Zweck, auf wirtschaftlichem, politischem und ideellem Gebiet eine deutsch-französische Verständigung einzuleiten und zu fördern.

Locheurs' Einsände.

In einer Unterredung mit einem Redakteur der „Liberté“ über das Manifest der Wirtschaft erklärte Locheur u. a.: Die Unterzeichner dieser Kundgebung wollen die Ein- und Ausfuhrverbote beseitigen und in zweiter Linie die Zollbarrieren niederreißen, jedenfalls aber wesentliche Milderungen erreichen. Im Grunde genommen gibt es nichts Gerechteres und nichts Wünschenswerteres. Das Manifest enthält nach dieser Richtung hin grundsätzliche

Wahrheiten, die niemand anzweifelt. In der Praxis allerdings muß man Vorbehalte machen. Frankreich selbst hat sich weiter vorgewagt, denn es hat in Genf eine internationale Wirtschaftskonferenz vorgeschlagen, und eine solche ist tatsächlich das einzige Mittel wenn auch nicht für die Lösung des Problems, so doch für sein gründliches Studium.

Wenn der freie Handel, so wie ihn die Bankiers vorschlagen, siegen würde, dann würde Italien keinen Stahl mehr haben, also keine Mittel mehr besitzen, um seine Landesverteidigung sicher zu stellen. Die gesamte Metallindustrie würde sich alsdann im Norden Frankreichs, in Lothringen und in Westfalen konzentrieren, wo sich die Kohlen befinden. Wenn also Italien nicht entwaffnet werden will, muß es seine Stahlzölle aufrecht erhalten. Das gleiche gilt für Frankreichs Automobilindustrie. Die Produkte des Amerikaners Ford würden alle Länder überschwemmen. Man sieht also, daß das Problem verwickelt ist. Auch die beherrschende Stellung Deutschlands in der Farbenindustrie erweise die gebieterische Notwendigkeit, die Zollgrenzen beizubehalten.

Mussolini vermutet großdeutsche Ziele hinter dem Manifest.

Rom, 22. Oktober. (U.) Die italienische Presse beschäftigt sich noch immer eingehend mit dem Wirtschaftsmanifest und lehnt die dort niedergelegten Grundsätze nach wie vor scharf ab. Jetzt hat auch Mussolini in die Debatte eingegriffen in einem Artikel des „Popolo d'Italia“, den man allgemein auf Mussolini zurückführt. Das bekannte deutsche Programm für die Errichtung eines mitteleuropäischen Großstaates ähnelt auffallend den Zielen der internationalen Wirtschaftskartellbewegung. Die in dem Londoner Wirtschaftsmanifest aufgestellten Grundsätze entsprächen diesen großdeutschen Bestrebungen. Die Vorschläge des Manifestes seien gerade jetzt kurz vor der internationalen Wirtschaftskonferenz besonders unangebracht. Nur diese vom Völkerverband einberufene Konferenz könne die Fragen des europäischen Wiederaufbaus in ihrer Gesamtheit und unter Berücksichtigung der diplomatischen Beziehungen prüfen. Im übrigen sei das Leben der Völker und ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht eine reine Geschäftsfrage. Wenn die Großfinanz und die Banken Politik trieben, müßte man höchst mißtrauisch sein. Diese internationalen Institute beabsichtigten, die Entwicklungsmöglichkeiten aller Länder allgemein beherrschten zu wollen. Trusts und Kartelle seien nur Formen einer Verflechtung für die reichen Völker.

Die polnische Industrie gegen die Banken.

Warschau, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der polnische Großindustriellenverband „Bewiatan“ stellt in einer Resolution fest, daß das Wirtschaftsmanifest polnischerseits nur von Vertretern der Bankkreise, nicht aber der Wirtschaftskreise unterzeichnet worden ist, und daß es den Interessen Polens in keiner Weise entspricht, da es erstens auf eine Revision der Ostgrenzen Europas hinzielt und zweitens eine Abschaffung der Zölle vorsieht, die sich zwar ein reicher Staat mit viel Kapital erlauben kann, die aber für einen Staat wie Polen, dessen Industrie vernichtet ist, die Gefahr einer Ueberflutung mit Importwaren enthält.

Die Resolution ist der Regierung überreicht worden und dürfte in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangen.

Die tschechische Industrie uneinig.

Prag, 21. Oktober. (U.) In später Abendstunde haben sich die Verhandlungen der tschechischen Eisenindustriellen über die Frage des Beitritts zum internationalen Eisenkartell zerschlagen. Wie die Prager Presse meldet, wurden die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt, da über die Aufteilung der auf die Tschechoslowakei entfallenden Quoten keine Einigung erzielt werden konnte.

Miliz und aus den Syndikaten. Während aber der Reichsfaschist seine Staatsbürgerschaft und seinen Besitz verlieren kann, ohne daß man ihm die Schuld vorhält und seine Rechtfertigung hört, kann die Ausstoßung aus der Faschistischen Partei nur nach Verhör des Beschuldigten und auf Grund dokumentierter Anklage erfolgen; auch kann der Betroffene eine Appellinstanz anrufen.

Das Organisationsstatut entspricht den Anforderungen einer in einer feindlichen Umgebung wirkenden Verbindung. Es bietet die Möglichkeit, von einem Zentrum aus alles schnell zu dirigieren, ohne Einspruch und Kritik, wie das namentlich bei Geheimorganisationen nötig ist. Vom politischen Sekretariat aus kann das Eisenbahnwesen und der Postdienst überwacht und völlig festgelegt werden. Durch die Miliz glaubt man, alle Knotenpunkte der Landesverteidigung im gegebenen Moment besetzen zu können, wie man das bei dem Marsch auf Rom durch den Landesverrat einzelner Offiziere, namentlich des Generals del Bono getan hat.

Es hat wiederholt Verbindungen gegeben, die von dem tatsächlichen Prinzip des Faschismus befeuert waren, nur strahlten sie nirgends von der Regierung aus. Sie zielten auf die Besitzergreifung des Staates ab.

Der Faschismus dagegen erstrebt mit den in seinen Händen befindlichen Machtmitteln des Staates die Besitzergreifung der wirtschaftlichen Macht des Landes, gegen den Willen und gegen die Interessen der Nation. Nur in der Beeinflussung des öffentlichen Lebens durch die nordamerikanischen Trusts hat man ein ungefähres Beispiel dessen, was der Faschismus heute in Italien ist, mit dem Unterschied, daß bei den Trusts die politische Macht durch wirtschaftliche Mittel gesichert wird, während der Faschismus umgekehrt sich der politischen Macht bedient, um sich der Wirtschaft des Landes zu bemächtigen.

Er hat selbst das klare Bewußtsein, im nationalen Leben etwas Fremdes und Feindliches zu sein. Hinter großen Worten wird das verhüllt, aber in dem Organisationsstandpunkt kommt es klar zum Ausdruck. Auch die absolute Pflicht der Geheimhaltung, die für die Mitglieder des „Hohen Rates“ besteht und diesen eigentlich unter die Bestimmungen des Gesetzes gegen die geheimen Organisationen fallen lassen sollte, bezeugt, daß sich die Faschistische Partei wie ein Besatzungsheer im Feindlande fühlt.

Eine Zweckhege.

Preussische Personalpolitik der Volkspartei.

Unter der Ueberschrift „Der Zionist Badt als Hindernis der Großen Koalition“ beschäftigen sich „Deutsche Zeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ mit einer Personalfrage im preussischen Innenministerium.

Seit anderthalb Jahren wird die Rechtsabteilung im Ministerium des Innern, seit einem halben Jahre gleichzeitig die Verfassungsabteilung von Ministerialrat Dr. Badt vertretungsweise geleitet. Beide Abteilungen sollen unter einem Direktorat zusammengefaßt werden. Die Position des Ministerialdirektors ist im Etat vorgesehen. Das Staatsministerium hält sie für notwendig, der Landtag wünscht sie.

Seit anderthalb Jahren konnte sie nicht besetzt werden, da sich Widerstände geltend machten. Die Widerstände haben ihre Ursache darin, daß der in Betracht kommende Beamte Sozialdemokrat ist.

Auf diese Position hat die Deutsche Volkspartei Aspirationen. Diese Aspirationen kommen darin zum Ausdruck, daß die deutsch-nationale Presse einen antifaschistischen Feldzug gegen den „Zionisten Badt“ eröffnet.

Man will eine Stelle mit einem Volksparteier besetzen. Man überläßt die Hege gegen den Sozialdemokraten dem deutsch-nationalen Nachbarn.

Fridericus und Stingl.

Vor auf es ankommt.

Die provokatorische Idee des Herrn Stingl, auf einer Reichsbriefmarke monarchistische Propaganda zu treiben, hat eine lebhafteste Diskussion zwischen der deutsch-nationalen Presse einerseits, der „Germania“ und der Presse der Bayerischen Volkspartei andererseits hervorgerufen. Diese Diskussion dreht sich um die historische Würdigung Friedrichs II. von Preußen.

Es scheint uns wichtiger zu sein, daß die Deffentlichkeit sich mit Herrn Stingl beschäftigt — es könnte sonst geschehen, daß er hinter dieser Fridericus-Diskussion samt seinem Streich gegen die Republik verschwindet.

Herr Stingl hat als Minister der Republik die Gesinnung offenbart, die der Radelstichpropaganda gegen die Republik zugrunde liegt — die Gesinnung des heimlichen Hasses.

Er hat die monarchistische Propaganda auf der Zehn-pennigmarke über den Kopf des Verwaltungsrats, im Widerspruch zum Reichspostgesetz gebilligt.

Er hat eine Provokation der Republikaner befohlen, wie Herr Luther mit seiner Flaggenverordnung — und er ist dem Reichstag dafür verantwortlich.

Auf Herrn Stingl und seine Stellung zur Republik kommt es an. Es fehlt gerade noch, daß die Methoden des bayerischen kleinsten Königstums auf das Reich übertragen werden.

Rowdytum im Reichstagsauschuß.

Kommunisten kämpfen mit Streichholzständen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des Sozialen Reichstagsauschusses erhob der kommunistische Abg. Radel Einspruch gegen den Bericht des „Vorwärts“ über die gestrigen Ausschuhberatungen. Insbesondere sei es nicht zutreffend, daß die KPD „langatmige Reden gehalten habe“. Er appellierte an den Vorsitzenden Esser (Zentrum), ihn gegen diese Kritik des „Vorwärts“ zu schützen. Der ganze Ausschuh ließ erkennen, daß man für die mimosenhafte Empfindlichkeit ausgerechnet der Kommunisten wenig Verständnis hätte, und Genosse Hoch erklärte, es abzulehnen zu müssen, daß der Reichstagsauschuß überhaupt die Berichte des „Vorwärts“ kritisiere.

Inzwischen hatte der Abg. Rieseberg (Dnat.) im Zwiesgespräch mit Radel dessen Moralnarration angefaßt und unwarne Berichterstattung der „Acten Jahne“ als Heuchelei bezeichnet. In diesem Augenblick ergriff Radel den Streichholzstände und stürzte mit dem geschwungenen Streichholzschwert auf Rieseberg, der unbewußt zur Abwehr bereit stand. Es wäre wahrscheinlich zu einer Züchtigung Radels gekommen, wenn nicht unser Genosse Breg dazwischengetreten wäre und Radel blaue Flecken erspart hätte.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Veratung im Sozialpolitischen Ausschuh.

Die Soziale Ausschuh des Reichstags setzte am Donnerstag die Beratungen über den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes fort. Im § 14 vertrat Genosse Kaufhäuser einen sozialdemokratischen Antrag, wonach bei der Errichtung der Arbeitsgerichte die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorher zu hören sind. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag angenommen. Der folgende § 15 regelt die Verwaltung und die Dienstaufsicht, die grundsätzlich der Landesjustizverwaltung untersteht. Auch hierbei gelang es, einen sozialdemokratischen Antrag zur Annahme zu bringen, wonach bei den allgemeinen Anweisungen über die Verwaltung und die Dienstaufsicht, soweit sie nicht rein technischer Art sind, ebenfalls die wirtschaftlichen Vereinigungen gehört werden müssen. In der weiteren Veratung über die Zusammensetzung der Arbeitsgerichte hatten Sozialdemokraten und Demokraten beantragt, daß je zwei Laienmitglieder der Arbeitgeber und der Arbeit-

nehmer zusammen mit dem Vorsitzenden das Gericht bilden. Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt der Vorlage, wonach nur je ein Vertreter notwendig ist. Bei der Gesamtstimmung über den § 16 anhielten sich die Kommunisten der Stimme, während die Deutschnationalen aus ihrer grundsätzlichen ablehnenden Haltung zu dem ganzen Gesetz dagegen stimmten. Auf diese Weise ist zunächst in erster Lesung der § 16 überhaupt nicht zustande gekommen. Alsdann beschloß sich der Ausschuh mit dem § 17, der die Bestimmung über die Bildung von Kammern enthält. Danach werden grundsätzlich getrennte Kammern für Arbeiter und Angestellte gebildet. Für die Landwirtschaft, für das Handwerk usw. können besondere Fachkammern gebildet werden. Die Abgg. Thiel (D. Sp.) und Lambach (Dnat.) (beide vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband) verlangten die obligatorische Einrichtung von besonderen kaufmännischen Fachkammern an allen Orten, an denen heute Kaufmannsgerichte bestehen. Genosse Aufhäuser wandte sich gegen diese Zerstückelung der Angestelltenberufe, die einer starken Benachteiligung besonders der technischen Angestellten gleichkäme. Der Antrag Thiel wurde schließlich abgelehnt und beschlossen, daß bei der Festlegung der Zahl der Kammern sowie bei der Entscheidung über das Bedürfnis für die Bildung von Fachkammern wiederum die wirtschaftlichen Vereinigungen vorher gehört werden müssen.

Kufmann sinnt Rache.

Ein Gegenzug der Ertapten.

Wir berichteten bereits, daß gegen die ehemaligen Staatsanwälte Dr. Felber, Caspari und Kufmann ein Disziplinarverfahren im Gange ist. Sein Ausgang kann kaum zweifelhaft sein. In ihrer Kalkulation planen die Hintermänner dieser Herrschaften einen Gegenstoß: sie wollen nämlich ein Verfahren gegen die Personen in Gang bringen, die ihre unerlaubten Beziehungen zu dem deutschnationalen Spionagebureau Anoll ans Licht gebracht und dem Justizministerium die Unterlagen für sein Vorgehen beschafft haben. Nach Meldung einer Korrespondenz soll in diesem Zusammenhang gegen den Justizrat Dr. Werthauer eine Anzeige bei der Anwaltskammer erstattet worden sein, dunkle Andeutungen über weitere Schritte folgen.

Für jeden vernünftigen Menschen ist es sonnenklar, daß ein Rechtsanwalt nichts Standeswidriges tut, wenn er dunkle und schwer pflichtwidrige Manipulationen einer Behörde aufdecken hilft, zumal da in diesem Falle das gesamte Material sofort dem Justizministerium und den Strafverfolgungsbehörden zugeleitet worden ist. Gegen unerlaubt handelnde Staatsanwälte gibt es für jeden Staatsbürger ein Recht der Rotwehr, und wir können uns keine Anwaltskammer vorstellen, die einen Rechtsanwalt dafür bestraft, daß er die Laten einer pflichtwidrig handelnden Behörde nach besten Kräften und aus berechtigten Motiven aufdeckt.

Die ganze Art, wie sich die Kufmann-Korona neuerdings zu beten sucht, wirkt wiederum ein bezeichnendes Licht auf den Charakter der Gesellschaft, sie zeigt den völligen Mangel an Rechtsgefühl, der diese ehemaligen „Rechtshüter“ auszeichnet und sich speziell bei Herrn Kufmann in einem Mangel an moralischem Empfinden manifestiert.

Genosse Paepow, der als Nachfolger des verstorbenen Genossen Laußkötter in den Reichstag eingetreten war, wird im Einvernehmen mit den Hamburger Genossen wegen seines Alters sein Reichstagsmandat niederlegen. An seine Stelle tritt Genosse Bübermann. Genosse Paepow ist 66 Jahre alt. Er behält das Mandat als Mitglied der Hamburger Bürgerliste.

Der Gemeindeauschuß des Preussischen Landtags lehnte am Donnerstag gegen die Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten die Eingemeindung von Sosniza und Biskupitz nach Hindenburg ab und beschloß mit 19 gegen 8 Stimmen die Eingemeindung von Sosniza nach Gleiwitz und das Verbleiben von Biskupitz beim Landkreis Benitzsch, mit Ausnahme der Ludwigsglück-Grube, die nach Hindenburg kommen soll.

Kommunistenanarchie. In Holland hat sich — wie uns aus Amsterdam mitgeteilt wird — ein vierter Parteipflitter der Kommunisten unter Führung von Wijnkoop aufgelöst.

Ausgrabung der Agora von Athen.

In der griechischen Hauptstadt wird augenblicklich ein Werk von ungeheurer und phantastischer Großartigkeit vorbereitet. Es ist ganz im Stil unserer modernen Technik, daß ein Riesensieb von Altertumsgelehrten und Hilfsarbeitern aufgedeckt wird, um den Markt von Athen, die antike Agora, wieder an den Tag zu bringen. Zweieinhalb Jahrelange war dieser Platz, der mehr als drei Hektar Land umspannte, verschüttet. In den verschiedenen Phasen der Geschichte Athens hatte er doch immer als ein Zentrum des Volksverkehrs gedient. Doch heute befindet sich dort das Stadtquartier der ärmsten Leute, die in elenden Häusern zusammengepfercht wohnen und nicht wissen, daß die Fundamente und Keller ihrer Häuser auf den kostbarsten Ueberresten der Vergangenheit ruhen. Denn die Agora von Athen war nach den Beschreibungen, die uns Schriftsteller des Altertums überliefert haben, wohl der schönste Platz der ganzen zivilisierten Erde. Die Griechen der klassischen Zeit hatten dort am Fuße der Akropolis die prächtigsten Paläste aufgebaut und Tausende von Kunstwerken, Plastiken und Reliefs in den einzelnen Prachtbauten und auf offener Straße errichtet.

Als nun die ersten Christen, gewonnen durch die Wanderpredigt des Apostels Paulus, heimlich in Athen zusammenkamen, war eine ihrer ersten Taten, gegen diese Pracht, die sie für heidnisch hielten, zu wüten. Es wurde zerstört, was fünf Jahrhunderte vorher so kunstvoll aufgebaut worden war. Doch es konnte nicht alles zerstört werden. Es blieb noch so viel übrig, daß die Kaufleute der gemäßigten Republik in der Zeit der Renaissance ganze Schiffsladungen von Säulen, anderen architektonischen Teilen und Monumenten nach Italien brachten, um damit ihre heimischen Häuser zu schmücken. Auch dieser organisierte Raubzug hat noch nicht den märchenhaften Kunstreichtum der Agora, der in der Tiefe des Bodens heute schlummert, erschöpft. Auch die Türken, die Athen zerstörten, auch die orthodoxen griechischen Bischöfe, die ebenso fanatisch wie die ersten Christen gegen die klassische Schönheit wüsten, konnten nicht alles vernichten. Der Boden wird noch unendliche Ueberrestungen, gemischt in Stein, gehämmert in Marmor, herrschen.

Die Amerikaner sind entschlossen, die gesamten Kosten für die Ausgrabung der Agora herzugeben. Man glaubt, daß man in fünfjähriger Arbeit das einzige Zentrum des politischen und kulturellen Lebens des alten Hellas an das Tageslicht fördern wird. Nun wohnen aber auf der Stätte der künftigen Ausgrabungen an 20 000 Menschen, die obdachlos würden, wenn man ihnen nicht eine neue Wohnung schafft. Auch hierfür wollen die Amerikaner sorgen. Sie werden den Menschen, die bisher die Segnungen der modernen Hygiene in ihren aus grauer Lärnenvorzeit stammenden Wohnstätten nicht kannten, neue und komfortable Häuser bauen. Der Platz der Agora, der nach einer Frist von fünf Jahren freigelegt sein wird, soll dann wieder in einen modernen Volkspfad umge-

wandelt werden. Man will aus dem Ausgrabungsgelände nachher einen Volkspark machen, der der Erholung und dem Sport dienen soll.

In diesem Projekt ist das Erreichte, daß es nicht nur Projekt, sondern schon Wirklichkeit ist. Denn es werden bereits in Athen Fachleute, die alles vorbereiten. M. S.

Mein Dorf in Frankreich.

Von Erich Gottgeiren.

Ein Theater haben wir nicht. Ein Kino haben wir nicht. Ein Gericht haben wir nicht. Ein Gefängnis haben wir nicht. Soldaten haben wir nicht. Einen Verteilung haben wir nicht. Wir sind also ein richtiges Dorf.

In der Mitte steht eine Säule. Sie ist aus Granit und nennt sich Kriegerdenkmal. Die Namen der Gefallenen von Gondrecourt hat man hier eingemeißelt und zwei erbeutete deutsche Kanonen daneben aufgeföhrt. Fehlt nur noch ein Schild „Zur freundlichen Erinnerung an den Weltkrieg 1914 bis 1918.“

Um das Denkmal herum sind Häuser aufgestellt, das Ganze heißt Markt. Es hat schon Tage gegeben, an denen mehr als zehn Leute zu gleicher Zeit über den Markt gegangen sind. Das ist dann immer ein schöner Gesprächsstoff beim Abendessen. Die Hausfrauen sagen: „Das war heute aber ein Verkehr“, und die Hausfrauen, Haus-töchter und Hausmädchen nicken beäuglich.

Aber es gibt auch noch andere Erlebnisse zu diskutieren. Da ist zum Beispiel die Feuerwehr. Verhüte Gott, daß es einmal brennt; jeder weiß, daß die Feuerwehr bei den Vöschochschen sehr im Wege wäre. Rein, für den Ernstfall sind die guten Leute nicht geschaffen. Aber dafür haben sie alle zwei Wochen „Mehung“. Das sieht so aus: Sonnabends wird vom Herrn Branddirektor höchstselbst die Spritze gereinigt und repariert, und Sonntags wird mit Freunden, Wein und Kuchen festgesetzt, daß sie noch „geht“. Man fährt vors Denkmal, spricht ein bißchen Wasser in die Luft und die Dorfkapelle spielt dazu die Marschmusik. Ich habe so etwas Selbtes vorher noch nicht gesehen.

Nun, man weiß doch wenigstens, weshalb Sonntags beim Gottesdienst ein Gebet gegen Feuersnot extra eingeschoben wird. Gehen wir auch gleich mal hinter die Kirche. Es ist still, nur in einer Ecke wird gefungen und gemeint, also das hier ist für die Laten reserviert. Grabhügel... Kreuze... Namen... Generationen. In Frankreich wird das Brot immer teurer und die Beamten werden abgebaut, da kriegt ihr vielleicht bald reichlich Gesellschaft da unten.

Es ist ja nicht wahr, daß so ein Dorf nur aus Idyll, Jungnickel und Sonnenschein besteht. Das gibt es überhaupt nicht mehr in der Welt. Zum Vergnügen hat man das Denkmal, die Feuerwehr und einmal im Jahr das „Fest“; schön. Doch sonst wird fleißig gearbeitet, Blanche, meine Lieblingsstange, ist überhaupt nicht mehr satt zu kriegen, der Herr Lehrer geht auf die Jagd nach Wildschweinen und bringt nur einen Raben mit, die Liebespaare sind feierlich, aber es gibt nicht viel, die Ernte war mittelmäßig. Kinder werden nur des Nachts gezeugt. Aber selbst in diesem Punkt maltet Bescheidenheit, denn der französische Dorfbürger ist sehr „moralisch“.

Heute regnet es und das Denkmal wundert sich. Also ist es doch ein Glück, daß das Denkmal nicht lesen kann; es müßte vor Staunen seine Haltung verlieren: in unserer Zeitung, in der Rubrik „Aus Stadt und Land“ fand sich folgende Nachricht: „In der Nähe von Abainville haben Arbeiter einen Sack gefunden, der den zerstückelten Leichnam einer Frau enthielt. Der Kopf fehlte indes. Nach den Ermittlungen der Polizei könnte man geneigt sein, anzunehmen, daß es sich um ein Verbrechen handelt.“ ... So ein Dorf muß man lieb haben, nicht wahr?

Zum Schund- und Schmutzgesetz. Ueber den Gesammtwert zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften liegen einige beachtenswerte Äußerungen hervorragender deutscher Dichter und Künstler vor. Berthart Hauptmann schreibt: Das gepaltene Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften ist, so wie es jetzt vorliegt, die allgeröchteste Bedrohung verantwortlicher Gelfestfreiheit, die während meines inneren langen Lebens in Erscheinung getreten ist. Belangt es zur Annahme, so sind ganz einfach die sogenannte schöne Literatur und damit ihre Urheber vogelfrei und jeder Willkür literarischer Ignoranz preisgegeben. — Friedrich Kayhler: Ich bin durchaus für ein Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften, teils aber die in dem Aufruf vom 12. Juni 1926 geduldeten Bedenken gegen jede Gesetzesform, die es ermöglichen würde, daß der Jugendschutz selbst, den jeder aufstrebt, zur Handhabe für engherzige Bestrebungen werden könnte, die die künstlerische Freiheit bedrohen. Von höchster Wichtigkeit scheint es mir, zu verhindern, daß eine solche Frage, die ausschließlich das Anstandsgefühl jedes Deutschen angeht, als Lummelplatz parteipolitischer Meinungskämpfe mißbraucht wird. Es ist selbstverständlich undenkbar, daß eine kulturelle Frage der Geschnadserziehung irgendwie unter die Vormundhaft antilider Kirchenmeinung geraten dürfte. Aber es würde andererseits nach meinem Gefühl nichts schaden, wenn man sich darauf besänne, daß das gesunde und resolute religiöse Empfinden des einzelnen, so weit es sich hoch über allen Bekenntnissen als reiner Menschheitsgedanke frei schwebend erhält, gerade der richtigste und untrügliche Maßstab für vernünftige Jugendlitäre ist. Denn es gibt heute kaum noch einen Meinungsavtausch im öffentlichen Leben, in dem keine Parteizwiste gepfeifern. Dieses Gebietsgebiet ist das einzige, welches der aufrechte Mensch rein hält von alledem. Nur hier ist der Mensch allein Mensch. Nur der Mensch hat in solchen Fragen zu entscheiden.

Wenn man die Sprache nicht kennt. Einem ostjüdischen Kobdiner passierte jüngst in London ein eigenartiges Mißgeschick. Er kam mit einer jüdischen Dame zur Registerbehörde, er konnte sehr wenig, und sie überhaupt nicht Englisch. Seine Absicht war, für seine Begleiterin eine Aufenthaltsbescheinigung in England zu erwirken. Der Beamte nahm denn auch eine fetterliche Handlung vor, stellte einige Fragen, die mit ja beantwortet wurden, und ließ ein Protokoll unterschreiben. Nachher stellte sich heraus, daß die beiden in aller Form verheiratet worden waren. Dem Londoner Ober-rabbiner gelang es immerhin, eine Klausel zu entdecken, nach der die Ehe für ungültig erklärt werden konnte.

Der Niederländische Volkskongress veranlaßt am 27. 8 Uhr abends, ein Volksfest, Fest im Saalbau Friedrichshain am Ringtort.

Poincaré und Thoisy.

Die Annäherung „genügt zunächst“.

Paris, 22. Oktober. (W.B.) Botschafter v. Hoersch stellte gestern nachmittags dem Generalsekretär im Ministerium des Äußern Berthelot einen Besuch ab. Wie Hoersch berichtet, wird der deutsche Botschafter sehr bald auch eine Unterredung mit Briand haben.

Hierzu schreibt „Petit Parisien“: Es sei wahrscheinlich, daß die Unterredungen, die dem deutschen Botschafter gemacht wurden, Zeugnis ablegten einerseits von einer weniger großen Eile und andererseits von einem sehr natürlichen Wunsch, französischerseits im einzelnen sowohl die technischen wie wirtschaftlichen, militärischen und politischen Seiten des Problems prüfen zu lassen, bevor man sich in Verhandlungen weiter vorwage. Es sei schon viel, daß der Gedanke einer Annäherung in Frankreich so aufgenommen wurde, wie dies tatsächlich geschehen sei. Aber nicht im Verlaufe von einigen Wochen könne ein derartiger Gedanke Gestalt annehmen, noch die Gegenleistung für die von Frankreich erwartete Räumung deutscher Herrortreten.

Eine neue Verhandlungsgrundlage?

Paris, 22. Oktober. (W.B.) Der Außenpolitiker des „Matin“ beschäftigt sich heute wiederum mit den deutsch-französischen Annäherungsverhandlungen. Er schreibt, es sei gar kein Zweifel, daß Stresemann und Briand beide den Wunsch hegten, die Gedanken von Locarno in die Praxis umzusetzen und daß sie alle Grundlagen für eine zukünftige Verständigung zwischen beiden Ländern untersucht hätten. Sie hätten zunächst von einer Kompensation zwischen einer vorzeitigen Bezahlung an Frankreich und einer vorzeitigen Räumung der Rheinlande gesprochen. Bei näherer Prüfung sei die Finanzoperation als von zweifelhaftem Erfolg erschienen. Selbst in Deutschland habe sie Gegner, denn auch der Reichsbankpräsident Schacht befürchte die amerikanischen Zeichen, die Deutschland Geld liehen, zu entmühen, wenn man von ihnen verlangen würde, daß sie auch noch auf einem Umwege den Alliierten Geld gäben. Er stellt die Frage, ob eine andere Grundlage für die Verhandlungen möglich sei. Die deutsche öffentliche Meinung zeige sich sehr erregt bei dem Gedanken, daß das osteuropäische Problem in den Verhandlungen mit Deutschland aufgeworfen würde. Man sage in Berlin, Deutschland habe in Locarno genügend Verpflichtungen dadurch übernommen, daß es in feierlichen Verträgen versprochen habe, jede Meinungsverschiedenheit mit Polen einem Schiedsgerichtsvorhaben zu unterwerfen. Wollte man nunmehr einen neuen Vertrag verlangen? Das Seltsame sei, daß die polnische öffentliche Meinung sich nicht weniger beunruhigt zeige. In dem Augenblick, in dem ein derartiger Vorschlag gemacht werde, scheine das Problem noch nicht reif zu sein und seine Lösung müsse auf später vertagt werden. Wenn eine Gesamtunterhaltung über die europäischen Angelegenheiten nicht möglich sei, sei Deutschland geneigt, eine

Ständige Kontrolle des Völkerbundes an Stelle der Rheinlandbesetzung

anzunehmen? Deutsche, denen er die Frage vorlegte, hätten ihm einstimmig geantwortet: Nein! Niemals! Dazu verpflichten uns die Verträge nicht. Wir wollen lieber neun Jahre noch die Anwesenheit fremder Truppen ertragen als die ständige Anwesenheit von militärischen Kontrolleuren, deren Tätigkeit kein Ziel gesetzt ist. Man könne nun sagen, es bleibe nichts übrig, wenn die Mobilisierung der Eisenbahnobligationen kein vollständiger Erfolg für die Räumung sei, und wenn diese einen wenig würdigen Handel für Frankreich darstellt und wenn die europäischen Probleme, die zukünftige Konflikte herbeizuführen könnten, nicht für eine Einzelbesprechung reif seien. Es bleibe nichts und es bleibe alles. Alles, das heiße, daß der immer tiefergehende Wunsch in Erscheinung trete, in Frieden zu leben, zusammenzuarbeiten und sich zu verständigen, um den Wohlstand in Europa wieder herzustellen. Keinem weiblichen Geist in Deutschland oder Frankreich entgehe, daß man

sich nähern oder unentzerrbar sich gegeneinander stellen

müsse. Das sei die Erkenntnis von mächtigen Interessen, die die wahre Grundlage für die Verhandlungen von Thoisy abgegeben hätte. Diese seien nicht verschunden. Wenn auch der erste konkrete Vorschlag nicht zum Ziele führen, könne doch der Gedanke der Annäherung auf keinen Fall ausgegeben werden. Botschafter v. Hoersch, dessen Ansehen in Paris groß sei, möge also unablässig die Politik der Wiederausöhnung betreiben. Die beiden Regierungen mögen Tag für Tag loyal miteinander verhandeln, um sich aufrichtig zu verständigen. Nach einigen Monaten dieser täglichen Anstrengungen würden sie plötzlich bemerken, daß, was heute zu schwanken schien, Festigkeit erlange und daß das, was heute als verfrüht erschien, alsdann durchführbar werde. Inzwischen könnten die finanziellen Probleme sich auch entwickeln. Das Wesentliche sei, sich nicht aufs neue unter dem Vorwand voneinander zu entfernen, daß man sieben Jahre nach dem Vertrag von Versailles nicht das Wunder der Annäherung und Verständigung bewirken könne.

Ein Faschistenmord in Nizza.

An einem Neunzehnjährigen.

Der Pariser „Corriere degli Italiani“ erzählt von seinem Korrespondenten in Nizza, daß dort ein junger Italiener namens Razzari von Faschisten auf aus Italien gekommene Befehle hin ermordet worden ist und nachdem das dortige Lokalblatt des Faschisten „Il Pensiero Satiro“, seit geraumer Zeit schon einen zu diesen Verbrechen anziehenden Feldzug geführt hat. Razzari, der neunzehn Jahre alt war, hat sich vor nicht allzu langer Zeit nach Stollen zur militärischen Rüstung begeben. Bei dieser Gelegenheit hat er eine heftige Auseinandersetzung mit Faschisten gehabt. Nach Frankreich zurückgekehrt, war er das Opfer wiederholter Drohungen. Der Bruder des Ermordeten gab vor dem Untersuchungsrichter an, vor etwa zwanzig Tagen habe der bekannte Faschist Luigi Viale ihn folgendermaßen angesprochen: „Sage deinem Bruder Antonio, er soll sich ruhig verhalten und nicht schlecht über den Faschismus reden, weil er es sonst mit mir zu tun bekommt!“ Auf Grund dieser Angabe und der eines anderen Zeugen wurde Viale mit ihm einer seiner ersten Freunde, Allegri, verhaftet. Die französische Untersuchungsbehörde legt sich der Öffentlichkeit gegenüber hinsichtlich dieses in einer Nacht begangenen geheimnisvollen Mordes die größte Zurückhaltung auf; durch die Untersuchung ist jedoch bereits einwandfrei erwiesen worden, daß der Mordbefehl aus Italien gekommen ist.

Nizza ist wegen seiner besonderen Lage in der letzten Zeit die Operationsbasis faschistischer Banden geworden, die aus Italien gekommen sind, um den lokalen Faschisten zu stärken. Unter dem Schutze eines dieser faschistischen Banditen, die unter der Hoheit des italienischen Konsuls in Nizza stehen, der sie auf die verschiedenen Viertel der Stadt verteilt hat, ist der junge Razzari gefallen.

Die Kämpfe in der KPD.

Die Urbahnsgruppe unterwirft sich nicht und soll fliegen.

Am Mittwoch tagte die Konferenz der verantwortlichen Parteiarbeiter der kommunistischen Organisation von Berlin-Brandenburg. Man durfte einigermaßen darauf gespannt sein, wie sich der taktische Rückzug der russischen Opposition in den inneren Kämpfen des deutschen Kommunismus auswirken werden. Nun hat der Verlauf der Konferenz gezeigt, daß die deutschen Linken einstweilen nicht gewillt sind, das Manöver ihrer russischen Gefinnungsgenossen mitzumachen.

Nach dem Ausschluß der Ruth Fischer, Maslow, Korsch, Käß usw. sind noch die sogenannte Webdinger Opposition und die Gruppe Urbahns-Schimansti in der Partei verblieben. Beide brachten Resolutionen ein. Die Resolution der Webdinger wird in der „Roten Fahne“ verschwiegen, dafür wird die der Urbahns-Gruppe wiedergegeben, wenn auch in der kleinsten Schrift, die der Druckerei zur Verfügung stand. Diese Resolution führt u. a. aus:

Die bekannte Erklärung der Genossen Stojew, Trozki, Kamenew, Platonow, Sokolnikow und Jewdokimow stellt an ihrer Spitze fest, daß die russischen Oppositionellen von ihren politischen Ansichten nichts preisgeben. Die deutsche Opposition hat erst recht nicht den geringsten Anlaß, auch nur eine der Ansichten, die sie zur russischen Frage vertreten hat und verteidigt, aufzugeben, um so mehr, als sie nicht mit Drohungen und der Erpressungstaktik einer Stalinschen ZSK zu irgendwelchen Zugeständnissen und Kapitulationserklärungen gezwungen werden kann.

Zur Sache selbst erklären wir: Wir stehen in der russischen Frage auf dem Boden der programmatischen Erklärungen der russischen Opposition, nämlich der Erklärung der Genossen Batajew, Ustin, Woschewitsch, Muralow, Peterow, Solowjew, Jewdokimow, Platonow, Awdeew, Sinowjew, Krupstaja, Trozki, Kamenew, die im Plenum des ZK und der ZSK im Juli d. J. vorlag, und den wiederholten Dokumenten, zuletzt des Briefes der Genossen Sinowjew, Kamenew, Platonow, Trozki und Sokolnikow vom 5. Oktober an das Politbureau der WKP.

Alle diese Dokumente sind von Stalin und seinen mitläufigen Werkzeugen in der Komintern den Parteien vorenthalten worden. Wir sind erst in allerletzter Zeit in den Besitz dieser Dokumente gekommen und stellen fest, daß wir schon, bevor wir diese Dokumente besahen, in allen Punkten mit der politischen Linie und den taktischen Anschauungen der russischen Opposition vollkommen übereinstimmen.

Daran ändert sich auch nach den letzten Vorgängen in der WKP nichts, da unsere Anschauungen und unser Auftreten in der deutschen Partei nicht um Personen und Gruppen ging, sondern um die Grundfragen der russischen Revolution und um die Frage des Seins oder Nichtseins der Komintern und der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion.

Wir erklären daher in dieser Situation: Die Ursache der sich immer mehr verschärfenden Krise in der Partei und in der Komintern ist nicht zu suchen im bösen Willen einzelner Personen, Gruppen usw., sondern im Abweichen des Stalinschen ZK von der proletarischen Klassenlinie.

Wenn wir auch verstehen, welcher Druck den Führern der russischen Opposition gegenüber vom gesamten Partei- und Staatsapparat der Stalinschen Mehrheit angewandt wurde, so können wir trotzdem in ihrer Erklärung nicht lediglich einen taktischen Schritt erblicken, sondern sehen in dieser Erklärung eine Kapitulation, welche wir weder billigen noch für unsere Politik als maßgebend ansehen können.

Wir fordern deshalb alle ehrlichen kommunistischen Arbeiter auf, sich nicht einschüchtern noch beeinflussen zu lassen durch die Ereignisse

Die schwarzweißrote Reichsbahn.

Von grau, dunkelgrau und schwarz.

Die Eisenbahnstrahlen der ehemaligen Länderbahnen waren mit den jeweiligen Landesfarben angepinelt. Nachdem wir die deutsche Reichsbahn erhielten, stellte sich heraus, daß diese mit Landesfarben gezeichneten Eisenbahnstrahlen angeblich „betriebsgefährdend“ seien. Man suchte deshalb nach einem einheitlichen Anstrich, hatte aber sicher das löbliche Bestreben, die neuen Farben keineswegs politisch auszuschließen. Man behauptete es wenigstens.

Deshalb wurde vor einigen Wochen die Deffenlichkeit mit der Nachricht überrascht, daß die neuen Schranken die Farben weiß und rot am Schlagbaum, dagegen grau an den Essenteilen des Unterbaues tragen sollten. Ruidige Thebaner gaben ihrer Meinung sofort dahin Ausdruck, daß dieses Grau nach einiger Zeit von schwarz kaum mehr zu unterscheiden sein dürfte, daß wir dann eine republikanische Reichsbahngesellschaft mit schwarzweißroten Schlagbäumen haben würden. Prompt erfolgte eine Berichtigung der Reichsbahngesellschaft, in der sie darauf hinwies, daß davon keine Rede sein könne, da die Farbzusammenstellung wehrrot in fast allen Ländern eingeführt sei (was nebenbei gesagt, nicht stimmt) und sich sehr gut bewährt habe. Der graue Anstrich für die Essenteile sei gerade mit Rücksicht darauf gewählt worden, um auch nur den Anschein partipolitischer Farbzusammenstellung zu vermeiden.

Die neuen Eisenbahnstrahlen sehen jetzt im Schmuck ihrer Farben leuchtend fertig da. Man muß schon einen sehr scharfen Blick für Farbtöne haben, um dieses sogenannte grau von schwarz unterscheiden zu können. So ist es in Preußen. Kommt man aber nach Bayern und insbesondere nach Oberbayern, dann sieht man, daß hier überhaupt nicht mehr von dunkelgrau gesprochen werden kann, sondern daß die Essenteile des Schrankenunterbaues schwarz angestrichen sind. Bekanntlich hat, wie die Reichsregierung, so auch die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn in Bayern nicht viel zu bestellen. Während sie an alle anderen Direktionen einfach Verfügungen erläßt, hat sie in jedem Einzelfalle die „Gruppenverwaltung Bayern“ von wegen bayerischer Eigenart schön zu bitten. Man findet deshalb gerade hier den politischen Standal von richtigen schwarzweißroten Eisenbahnstrahlen. Stillesticht äußert sich die Hauptverwaltung einmal dazu, wie sie durch die Gruppenverwaltung Bayern die dortigen Amtsvorstände und Bahnmeister wegen dieser monarchistischen Demonstration zur Verantwortung zu ziehen gedenkt.

Verlängerung des Finanzausgleichsgesetzes?

Konferenz der Finanzminister der Länder.

Am 2. November treten die Finanzminister der Länder zusammen, um die Vorschläge des Reichs zum Finanzausgleich entgegenzunehmen. In Reichsratskreisen sieht man, wie das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hört, diesen Verhandlungen mit großer Spannung entgegen, denn das Gesetz vom August 1925 enthält Voraussetzungen, die bis April

in der WKP, da es sich hier nicht handelt um Fragen, die mit der Kapitulation einer Führergruppe erledigt wären, ebensowenig wie es sich um fraktionelle „Machenschaften“ handelt, sondern um die Grundfragen der proletarischen Revolution, auch der deutschen Revolution, wie es sich in jeder politischen Frage zeigen wird.

In der Diskussion erklärte Rötter von der Webdinger Opposition, diese habe sich stets vom Trozismus abgegrenzt. Riese von derselben Gruppe stritt ihm aber das Recht ab, im Namen der Webdinger Opposition zu sprechen. Diese solidarisierte sich immer noch mit der russischen Opposition, die sich keineswegs unterworfen habe.

Eine Resolution der Bezirksleitung zur Frage der russischen Opposition wurde mit 469 gegen 92 bei 4 Enthaltungen angenommen. Für die Resolution Riese (Webdinger Opposition) stimmten 55, für die als Resolution eingebrachte Erklärung Urbahns 36 der Anwesenden.

Da nicht anzunehmen ist, daß die Urbahnsgruppe — und mit ihr mindestens ein Teil der Webdinger Opposition — noch nachträglich zu Kreuze kriechen wird, ist mit dem Hin- und Herworfeln dieser Gruppen aus der KPD zu rechnen.

Allerdings ist die Opposition in sich zersplittert und wenig konsequent. Es ist nicht ohne Reiz, zu beobachten, wie sich die leidenschaftlichsten Verfechter der Diktatur pflichtig anklagend gegen die Diktatur wenden, sobald sie selber ihren Druck zu verspüren bekommen. Die Urbahnsgruppe erklärt den Rückzug der russischen Opposition aus der Laifache, daß Stalin alle Machtmittel des Staates zur Verfügung stehen. Danach wäre ihre eigene größere Tapferkeit lediglich auf den Umstand zurückzuführen, daß Thälmann keine staatlichen Machtmittel zur Verfügung stehen. Weil Deutschland eine demokratische Republik und kein Diktaturstaat ist, darum erfreut sich die deutsche Opposition einer größeren Bewegungsfreiheit als die russische. Trotzdem ist die deutsche Opposition gegen die Demokratie und für die Diktatur — nämlich für die eigene. Denn die Diktatur ist immer nur für den angenehmen, der sich selber ausübt.

Bemerkenswert ist noch, daß der Referent Braun in seinem Referat erklärte:

Ich komme jetzt zu dem Hauptthema unseres Abends, der Politik der SPD und den Aufgaben unserer Partei. Eine Vorbemerkung: Es ist das Ziel unserer Partei, die SPD, zu verschlagen und die Arbeitermassen, die heute noch hinter ihr stehen, unter unserer Fahne zu vereinigen. Wir wissen, daß das endgültig nur im Verlauf der revolutionären Kämpfe geschehen kann.

Wir wollen 100 Proz. unserer Kraft auf die Arbeit unter den Massen verwenden und nicht den größten Teil in innerparteilichen Diskussionen verbrauchen. Schluß mit dem parteierlöbenden Treiben, in diesem Kampfe sollen uns alle, einmütig, wo sie früher gestanden haben, unterstützen.

Also das Ziel des Kampfes ist nicht die Hebung der Klassenlage des Proletariats, nicht der Aufbau des Sozialismus — von diesen Dingen ist in dem ganzen Referat und in der ganzen Diskussion mit keinem Wort die Rede. Das Ziel ist die Zerschlagung der Sozialdemokratie.

Auf der anderen Seite aber wird wieder die Opposition beschuldigt, die kommunistische Partei zerschlagen zu wollen, die ihrerseits gern die Sozialdemokratie zerschlagen möchte. Besser kann der Zerschlagungsprozess in der Arbeiterbewegung, den die KPD als Ganzes darstellt, sich selber nicht charakterisieren!

1927 erfüllt sein sollen. Ob ein definitiver Finanzausgleich schon zum April nächsten Jahres herbeizuführen sein wird, erscheint jedoch höchst zweifelhaft. Lage des Reiches geht jetzt schon vor, so bliebe den Ländern und Gemeinden kaum genügend Zeit, um bis zum 1. April ihre eigenen gesetzlichen Maßnahmen zu treffen. Nun baut sich aber der Finanzausgleich auf der großen Finanzstatistik auf, die erst in den ersten Wochen des neuen Jahres dem Reich vorliegen wird. Es fehlt daher die genügende Zeit, um eine Reichsvorlage rechtzeitig zu verabschieden. Aber selbst, wenn das vor dem 1. April gelänge, so müßte man Ländern und Gemeinden zum mindesten einen Spielraum von einem halben Jahre geben.

Man wird daher das alte Gesetz um ein Jahr verlängern müssen, wenn auch mit gewissen Modifikationen.

Wie verlautet, soll Ländern und Gemeinden keine freie Hand in bezug auf die Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer gegeben werden. Man denkt u. a. an eine gewisse Relation zwischen den Zuschlägen zur Einkommensteuer und den Zuschlägen zu den Realsteuern. Ferner wird der Plan ventiliert, Gemeinden, deren Zuschläge eine gewisse Grenze überschreiten, die Pflicht aufzuerlegen, auch das Existenzminimum steuerlich zu erfassen. Endlich wird von einem großzügigeren kommunalen Lastenausgleich gesprochen, der den Zweck verfolgt, zunächst eine Vereinfachung der Zuschlagshöhe zu erreichen.

Drehprozeß wegen Potemkin.

Leitheuer klagt gegen unser Jenaer Parteiblatt.

Weimar, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Jenaer Amtsgericht gab es am Donnerstag ein Nachspiel zum Potemkin-Verbot durch die Thüringer Regierung, die sich seinerzeit sehr schnell dem ersten Verbot des Films durch Württemberg angeschlossen hatte. Da fast zur selben Zeit der leitende Staatsminister Thüringens, Dr. Leitheuer, zum Ehren doktor der Jenaer naturwissenschaftlichen Fakultät promoviert wurde, brachte unser Jenaer Parteiblatt „Das Volk“ diese beiden Tatsachen in Beziehung und griff die Regierung des neugeborenen Ehren doktors sehr scharf an. Deshalb hatte sich Genosse Krauß wegen Beleidigung der Regierung zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 800 Mark Geldstrafe, das Gericht erkannte auf 300 Mark und vertrat die Auffassung, daß das Verbot des Potemkin-Films durch die Thüringische Regierung rechtlich berechtigt gewesen sei, daß man aber auch anderer Auffassung sein könne.

Reichsernährungsministerium gegen „Hamburger Echo“. Vom Reichsernährungsministerium ist eine Klage gegen das „Hamburger Echo“ anhängig gemacht worden. Den Grund hierzu gab ein nach seiner Veröffentlichung viel kommentierter Artikel über angebliche Privatpekulationen des damaligen Staatssekretärs Hagedorn, der inzwischen aus dem Ministerium ausgeschieden und zurzeit in der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie tätig ist.

Agrarische Arbeiterpolitik.

Deutschnationale gegen deutsche Arbeitslose.

Die Herren Agrarier im Reichslandbund und in den verschiedenen Arbeitgeber-Verbänden bemühen sich seit langem, die von ihnen aufgelegten Landarbeiterbünde tariffähig zu machen. Gewöhnlich fallen sie dabei bei den verschiedenen Schlichtungsausschüssen durch. Das Reichsarbeitsministerium hat es ständig abgelehnt, die gelben Pflanzen als Arbeiterorganisationen im Sinne des Gesetzes anzuerkennen. Einen interessanten Einblick, mit welchen Mitteln man die Schlichtungsbehörden zu täuschen versucht, um diese Landarbeiterbünde als „unabhängige Arbeiterorganisationen“ hinzustellen, wie überhaupt in die ganze „Arbeiterpolitik“ der Agrarier gewährt das Protokoll der Vertreterversammlung des Märkischen Verbands ländlicher Arbeitgeber vom 23. September. Dieses Protokoll, das wir mit unwesentlichen Kürzungen wiedergeben, hat folgenden Wortlaut:

Herr Dr. Starke legt zur Frage der Tarifkündigungen dar, daß mit Rücksicht auf die Gesamtwirtschaftslage eine Kündigung der Tarifverträge wohl vorzunehmen wäre, jedoch sei auf Grund der letzten Erfahrungen bei den Schlichtungsausschüssen nicht damit zu rechnen, daß eine Herabsetzung der Löhne und eine Anpassung der Tarifverträge an die Arbeitsmarktlage zu erreichen sei. Aus diesem Grunde dürften zweckmäßig unnötige Verhandlungen zu vermeiden sein, die wertlos für uns sind und dem sozialistischen Arbeitnehmerverband (gemeint ist der Deutsche Landarbeiterverband) nur als angenehme Agitationsveranstaltung dienen. Eine Ausnahme gilt allein für die Kreise, die durch den Sonderabschluß mit dem Landarbeiterbund sich vor den Schlichtungsausschüssen nicht durchsetzen konnten und nunmehr zwei durcheinanderlaufende Tarifverträge hätten, hier müssen Tarifkündigungen vorgenommen werden.

Hierauf berichtete Herr Starke über die

Umgestaltung des Landarbeiterbundes

zur Herbeiführung seiner Tariffähigkeit. In der letzten Vorstandssitzung des Brandenburgischen Landbundes hat zu diesem Zweck Herr Giese für den Brandenburgischen Landbund die Lösung der aktiven Mitgliedschaft erklärt und hierfür den korporativen Anschluß des Landarbeiterbundes an den Brandenburgischen Landbund nachgesucht. Somit ist nun endlich das seit den letzten Jahren immer von uns geforderte Umstellen des Landarbeiterbundes erreicht worden, und nun erst ist damit zu rechnen, daß der Landarbeiterbund sich entwickeln wird. In einer demnächst einuberufenenden Versammlung sollen alle erforderlichen Maßnahmen beschlossen werden.

Nach angeregtem Meinungsaustausch wurde beschlossen, daß die Kreise, die durch den Tarifabschluß mit dem Landarbeiterbund keine

Anerkennung durch den Schlichtungsausschuß gefunden haben, und dadurch 2 Tarifverträge, den des Vorjahres und den neuen mit dem Landarbeiterbund haben,

dem Landarbeiterverband gegenüber den Tarifvertrag kündigen müssen.

Soweit auf Antrag des Landarbeiterverbandes Schlichtungsverhandlungen stattfinden, ist auf Grund der Bestimmung über die veränderten Wirtschaftsverhältnisse eine Herabsetzung der Löhne zu fordern.

Zum Punkt 2 wird auf Antrag des Herrn Stavenhagen-Goldin beschlossen, daß nicht der Brandenburgische Landbund, sondern der Märkische Arbeitgeberverband die Einberufung einer Versammlung zum Zweck der Umgestaltung des Landarbeiterbundes vornehmen soll.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde von Herrn Starke grundsätzlich dargelegt, aus welchen Gründen Abwehrmaßnahmen gegen die Landesfürsorgestellen vorgenommen werden müßten. Es wird gebeten, sich genau nach den in unserem Rundschreiben vom 27. Juli 1926, Nr. 1440, gegebenen Richtlinien zu halten und vor allem die neuerdings von der Fürsorgestelle gerichteten

Anfragen über die Beschäftigung von Arbeitern in den letzten Jahren unbeantwortet zu lassen.

Herr Evers-Niederbarnim forderte eine öffentliche Entschließung gegen das unerhörte Verhalten der Fürsorgestelle und des Landesarbeitsamtes. Der Vorsitzende sagte energische Maßnahmen gegen den Landesdirektor zu.

Herr Starke gab bekannt, daß das Kontingent ausländischer Wanderarbeiter leider erneut gekürzt worden ist und weist darauf hin, daß die Anträge auf Gewährung ausländischer Wanderarbeiter für das Jahr 1927 unzureichend begründet den Arbeitsnachweisen einzureichen sind. Die Kreise, die noch kein Material über die

Verläufe mit der Beschäftigung Erwerbsloser

eingesandt haben, werden um unverzügliche Einreichung gebeten, da es nur mit diesem Material möglichst sein wird, eine Erhöhung des Kontingentes durchzusehen. Kreise, die keine Berichte einreichen, haben damit zu rechnen, daß ihre Interessen unberücksichtigt bleiben.

Es erübrigt sich, zu diesem Protokoll noch einen Kommentar zu schreiben. Es ist aber bezeichnend für die Agrarier, daß sie die Beschäftigung von deutschen Arbeitslosen zu hintertreiben versuchen, dagegen alle Mittel anwenden, um möglichst viel polnische Arbeiter nach Deutschland kommen zu lassen. Das ist echte deutschnationale Arbeiterpolitik.

blen und die Erwerbslosigkeit in der deutschen Wirtschaft. Berichterstatter ist Genosse Eggert vom DGB. Anschließend an den Bericht ist eine umfangreiche Aussprache vorgefallen.

Die Betriebsräte Berlins werden hier Gelegenheit haben, ihre Beobachtungen und Erfahrungen in den beiden brennendsten Fragen der Gegenwart auszutauschen, eventuell entsprechende Beschlüsse zu fassen.

„Wilhelma.“

Hinter den Kulissen eines feudalen Lokals.

In Berlin gibt es einige Lokale, die durch ihre besondere Mischung aus Heiligkeit, Euff und Patriotismus in ganz Europa berühmt sind. Zu den schlimmsten dieser Art zählt wohl die „Wilhelma“, in dem die Hohenzollernherrscherherrscher unter Kümpfen nationaler Lieder die Rückkehr ihrer Lieblinge abwarten, und in dem Herr Klemp, dem noch zwei andere Lokale gehören, ein System schrankenloser Ausbeutung seiner Angestellten bisher fast widerspruchlos eingeführt hatte.

Schließlich rief aber auch den Kellnern und dem übrigen Personal, deren Beruf nach dem Wort des Dichters Leonhard Frank, sich am allerwenigsten mit der Menschenwürde verträgt, die Gebuld, und so kam es laut am Tage der „Hohenzollern-Millionen“ zu einer überaus gut besuchten Betriebsversammlung der Klemp-Betriebe (Wilhelma, Wilhelmshallen, Mercedes), in denen es von nun an für Herrn Klemp ziemlich „geklemmt“ auszuweichen beginnt. Was die Kollegen nach dem überaus beifällig aufgenommenen Referat ihres gewerkschaftlichen Vertrauensmannes Kollus an einzelnen Fällen anführten, wie sich jedem einzelnen dieser bisher stummen Sklaven der Mund öffnete zur Anklage gegen ein furchtbares Ausbeutungssystem, das zeigte klar, daß es auch hier mit der bisherigen Flauheit aufhören wird und der Weg zur reiflichen gewerkschaftlichen Organisierung und zur Wahl eines Betriebsrates führen wird.

Es gab nämlich bei Herrn Klemp bisher keinen gesetzlichen Arbeiter- und Angestelltenrat, dafür gab es um so mehr „Reiderappelle“, dafür gab es eine Toilette für 60 Angestellte — in einem Zweigbetrieb nicht einmal eine einzige für 50 Angestellte! Es gibt in den „vornehmen“ Lokalen zwar zahllose

Zechprellereien, wofür immer die Angestellten aufkommen müssen, dafür aber müssen Lehrlinge täglich 10 Stunden lang Silber putzen ohne einen Pfennig Lohn und ohne einen Bissen Brot. Wir könnten noch zahllose ähnliche ungläubliche Fälle anführen, beschreiben uns aber für heute. Das Gebot der Stunde ist, und das gilt für das ganze Gastwirtsgehilfengewerbe, — „Hinein in eure Gewerkschaft! Wählt und unterstützt eure Betriebsräte!“

Erwerbslosenfürsorge und Erwerbslosenversicherung

Hierüber referierte Donnerstagabend Genosse Göring vom Hauptvorstand des AFB-Bundes vor den Angestellten der Arbeitsnachweise und Erwerbslosenfürsorgestellen der Stadt Berlin, die die Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten nach den Rüstereisfällen zusammenberufen hatte.

Einleitend schilderte der Vortragende die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Er wies unter anderem darauf hin, daß im Vergleich zur Vorkriegszeit die Zahl der Arbeitenden gestiegen sei. Während wir 1907 schätzungsweise 18 Millionen Arbeiter gehabt hätten, hätte 1925 die Zahl 20 Millionen betragen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm müsse dafür sorgen, daß Arbeitsmöglichkeiten auch für die Angestellten vorhanden wären. Wenn im steilen Ringen um die Unterstützungssätze die SPD. Erfolge habe, so sei dies in erster Linie der Tatsache zu verdanken, daß sie sich die Anträge der Gewerkschaften zu eigen gemacht hätte.

In erster Linie veranlasse die gar nicht zu beschreibende Notlage der Erwerbslosen Gewerkschaften und Partei immer wieder auf Erhöhung der Unterstützungssätze zu dringen. Daneben auch die Erwägung, daß Erwerbslose mit ausreichender Unterstützung nicht als Lohnrücker wirken. Und wenn von den Unternehmern als Argument gegen die Erhöhung der Unterstützungssätze vorgebracht werde, daß die Löhne vielfach niedriger seien als die Unterstützungssätze, so sei das richtig. Es werden z. B. in der Zigarettenindustrie für jugendliche Arbeiterinnen Wochenlöhne von 5, 6 und 7 M. gezahlt. Aber das spräche gegen die Löhne, nicht gegen die Erwerbslosensätze.

Fallen muß die Bedürftigkeitsklausel. In dem Erwerbslosenversicherungsgesetz sei unsere Forderung nach Einführung eines Lohnklassensystems enthalten, dagegen befriedige die Höhe der Sätze uns in keiner Weise. Die Pflichtarbeit in jeder Form müsse fallen und der Kreis der Versicherten möglichst weit gespannt werden.

Die Erwerbslosenversicherung vermöge allerdings das Gesamtproblem der Erwerbslosigkeit nur wenig abzumildern, wenn nicht eine starke Einwirkung auf den Arbeitsmarkt damit Hand in Hand gehe. Wir müssen immer wieder den Melde- und Benutzungszwang für die öffentlichen Arbeitsnachweise und Beseitigung der Chiffreanzeigen fordern. Der AFB-Bund habe ferner Richtlinien zur Entlassung des Arbeitsmarktes durch pensionierte oder auf Wartegeld gesetzte Beamten aufgestellt.

In der regen Diskussion wurden Fragen der Organisation des Arbeitsnachweises auf Grund praktischer Erfahrungen behandelt. Mit dem Besprechen, daß die Ortsgruppe Berlin derartige Abende allmonatlich abhalten werde, schloß der Vorsitzende die erfolgreiche Versammlung.

Internationale Solidarität. Wie uns vom Deutschen Verkehrsband mitgeteilt wird, haben trotz mehrfacher Sammlungen die Müllkutscher der Müllabfuhr A. G., Depot 1, 140 M. für die englischen Bergarbeiter aus ihrer Groschkasse aufgebracht. Dieser Akt der Solidarität mag allen zur Nachahmung dienen.

Gesperrte Gastwirtsbetriebe! Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind folgende Gastwirtsbetriebe für seine Mitglieder gesperrt: Deutscher Hof, Inh. Kronmeyer, Ludowigstr. 15; Café Roma, Inh. Hartmann, Warschauer Str. 33; Clubhaus, Dönhofsstr. 2; Restaurant „Graf Berlin“, Inh. Karl Keller, Am Alexanderplatz.

Aus der Partei.

„Die rote Feldpost“.

Dies von dem Parteiveteranen J. Belli geschriebene Buch, das manchen alten Genossen noch wohl bekannt, aber seit langem vergriffen war, ist nunmehr, durchgesehen und teilweise erweitert, zur Parteierwerbwoche von dem Verlag J. H. W. Dieck Nachf. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, neu herausgegeben worden.

Der Verfasser erzählt in lebenswürdiger Weise von seinen Rinder-, Lehr- und Wanderjahren und schildert dann seine Erlebnisse unterm Sozialistengesetz, als Mitarbeiter an der „Roten Feldpost“, dem Vertrieb der „verbotenen Literatur“. Er spricht von den Verfolgungen und Drangsalierungen aller Art, unter denen alle zu leiden hatten, die für die Partei warben. Aber er zeigt auch, wie trotzdem Eifer, Opfersinn und Wagemut die Genossen befeuerte.

Gerade jetzt zur Werbeweche, in der es wieder gilt, neue Kämpfer zu gewinnen, wird das Buch bei den Allen Erinnerungen wachrufen, den Jungen aber soll es zeigen, wie man für Idee und Partei wirbt.

Das Buch, das schon auf seinem Einband die Geheimarbeit der „Roten Feldpost“ symbolisiert, ist durch den Verlag J. H. W. Dieck Nachf., oder bei jeder Volksbuchhandlung zum Preise von 2,50 Mark zu haben.

Verantwortlich für Volltext: Dr. Gust Stöber; Wirtschaft: Felix Götter; Gewerkschaftsangelegenheiten: J. Götter; Redaktion: A. H. Böcher; Solches und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Götter; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Dienst 1. Beilage.

Konflikt im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Um die Löhne.

Für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau fanden gestern hier Verhandlungen statt. Mit äußerster Sachlichkeit und überzeugenden Darlegungen begründeten Reddigau und Schmidt vom Bergarbeiterverband die dringende Notwendigkeit einer Lohnerhöhung. Sie wiesen darauf hin, daß noch Tausende von schwerarbeitenden Bergarbeitern mit Wochenlöhnen von 16 bis 20 Mark abgefertigt würden. Unbestritten von den Vertretern des Arbeitgeberverbandes betonten sie insbesondere, daß die Bergarbeiter, deren Löhne weit unter denen der übrigen Industrie liegen, heute unter den denkbar unwürdigsten Lebensverhältnissen ihr Leben fristen müssen. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, daß gerade der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau zurzeit zu den mit besten Geminenergebnissen arbeitenden Industrien gehört. Eine große Anzahl von Werken habe 10 Proz. Dividende ausgeschüttet und die Aktien würden an der Börse stark gefragt. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes betonten wie immer die „große Armut“ der Braunkohlenindustrie. Obwohl sie der Forderung des Bergarbeiterverbandes die Berechtigung nicht absprachen, lehnten sie trotz großer Gewinne und Dividenden jeden Pfennig Lohnerhöhung entschieden ab. Aber nicht nur das, um ihre „nothleidenden“ Betriebe vor dem „Untergang“ zu schützen, hielten die Herren Lohnnabbau für erforderlich!

Nachdem der Arbeitgeberverband jeden Pfennig Lohnerhöhung brüskel abgelehnt hat und damit die Verhandlungen gescheitert sind, wird die Lohnstreikfrage nunmehr dem Reichsarbeitsminister zur Entscheidung unterbreitet werden. In den Revieren aber werden jetzt mit verdoppelten Kräften neue Mitglieder für den Bergarbeiterverband geworben werden.

Berliner Betriebsrätekonferenz.

Ueber Rationalisierung und Erwerbslosigkeit.

Vom Ortsausschuß des DGB. und dem Ortsrat des AFB-Bundes ist zum 31. Oktober eine Betriebsrätekonferenz der Betriebsräte Berlins einberufen worden. Die Konferenz, die im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats stattfindet, hat als einzigen Punkt der Tagesordnung: „Das Rationalisierungspro-



Mollige Winter-Mäntel
M. 49.— 52.— 59.— 69.— 79.— 85.—

Mollige Jünglings-Mäntel
Mk. 25.— 29.— 34.— 38.— 42.— 48.—

Sport-Pelze von Mk. 150.—

Geh-Pelze von Mk. 225.—

M. Schulmeister
Kottbuser Tor

Schlützt Eure Bücher!



Bücherschrank in Eiche
Mk. 39.00
1,52 m hoch, 0,70 breit,
in hell. braun oder
dunkel. Auch größerer
am Lager. Gefertigt
nach Außenmaß.
E. Meckeburg,
Bornhörs-Expediton
Berlin-Preptam,
Grüßstraße 50,
Tel. Wriezplatz 5045
Bestellt von 7-7 Uhr

Billig und gut!

Winter-Ulster

in modernen Formen.
Schwere, weiche Ware,
mit Abseite 49.— 59.— 69.—
und höher

Herren Winter-Paletots

aus schwarz und grau
Eskimo oder Meison-
stoffen 43.— 59.— 69.—
und höher

Rock-Paletots 53.— 65.— 75.—

tadellos in Paßform. und höher

Philipp Fabisch
Rosenthaler Straße 1 Ecke Elsässer Straße

Unternehmerterror auf Privatmärkten.

Der Wochenmarkt ist für die Berliner Hausfrau unentbehrlich. Warenhäuser und Markthallen haben ihn nicht verdrängen können; er gehört zum Berliner Straßenleben. Die Standinhaber, die in Wind und Wetter ihre Waren den Hausfrauen zum Kauf anbieten, haben gewiß kein leichtes Brot. Einmal ist es die scharfe Konkurrenz der Kapitalkräftigen, zum andern die Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit, die auch auf den kleinsten Handel zurückwirken. Wer aber kommt auf den Gedanken, daß auf den harmlosen Berliner Wochenmärkten, auf denen der Kleinhandel sein bescheidenes Dasein fristet, sich nackte, großkapitalistische Interessen austoben? Wer weiß von den Käufern, daß die Standinhaber auf einem großen Teil der Berliner Märkte, die keine städtischen Einrichtungen sind, auf Bedeih und Verderb den Interessen der Pringiwochenmarkt-Unternehmer ausgeliefert sind? Ein Privatunternehmer sichert sich in Groß-Berlin eine Anzahl Plätze, vermietet sie an die Standinhaber, die dann nach der Größe des Platzes an ihn ihre Rechte abführen müssen. Aber auch die Großunternehmer der Wochenmärkte stehen im Konkurrenzkampf untereinander. Wie dieser Kampf auf den Rücken der im bittersten Daseinskampf stehenden kleinen Standinhaber ausgefochten wird, mag folgendes Beispiel beweisen: Der Großunternehmer Brenzel aus Reinickendorf hat in Groß-Berlin fünf Wochenmärkte gepachtet, darunter den Markt in der Triftstraße. Ein anderer Unternehmer machte im August in der Pustischstraße einen Markt auf. Als die Standinhaber sich auch auf diesem Plätze sichern, sperrte Herr Brenzel kurzerhand diesen Kleinhandlern seine fünf Wochenmärkte in Berlin. Die Leute sind also gezwungen, auf seinen Märkten zu bleiben. Sie müssen ihm, wie man so zu sagen pflegt, aus der Hand fressen.

Es handelt sich hier, wohl gemerkt, um die Interessen des Kleinhandels. Aber das allein ist nicht ausschlaggebend. Hier stehen wichtige öffentliche Interessen auf dem Spiel. Die Großpächter müssen behördlich konzediert sein. Aber behördliche Konzessionen verlieren nicht das Recht, wirtschaftlich Abhängige in geradezu mittelalterlicher Weise zu binden und durch Schikanen die Ausübung der Berufstätigkeit zu unterbinden oder zum mindesten zu erschweren. Warum aber gibt es noch Privatwochenmärkte? Die Stadt Berlin hat in den Außenbezirken eine ganze Reihe städtischer Märkte. Es dürfte auch im Interesse der städtischen Finanzen liegen, wenn im inneren Berlin die Privatmärkte verschwinden und die Stadt das öffentliche Marktwesen selbst in die Hand nimmt.

Unter Anklage des Raubmordes.

Der Tod des Tabakhändlers Wurzel.

Am 24. Dezember vorigen Jahres wurde Reutkölln durch die Ermordung des Tabakgroßhändlers Wilhelm Wurzel in Aufregung versetzt. Er war mittels eines harten Gegenstandes am Schädel mehrfach verletzt worden und starb kurz nach dem Überfall. Von dem Uebelthäter, der alle Behältnisse durchwühlt und 100 M. geraubt hatte, war auch eine Frau Meta Böhle, die hinzugekommen war, niedergeschlagen worden, jedoch am Leben geblieben.

Als Täter wurde am nächsten Tage der 21jährige Buchhalter Walter Schumann verhaftet, der einige Tage vorher beim Getöteten als Stadtreisender Beschäftigung erhalten hatte. Seine Mappe und Handtasche wurden am Tatort aufgefunden, das Fell seiner Wirtsleute, das gerade am 24. Dezember verschunden war, packte in die Schädelverletzung des Ermordeten hinein, er hatte an seinem Mantel einen Riß zugehakt, der während des Kampfes mit Frau Böhle entstanden sein sollte, und auch seine alte Hofe am selben Tage fortgeworfen. Heute begann nun vor dem Landgericht II der Prozeß gegen Walter Schumann. Auf dem Tische vor ihm liegen die Beweismittel ausgebreitet. Der Angeklagte, ein blasser junger Mensch, spricht ein torrettes Deutsch und erzählt seine kurze Lebensgeschichte mit angenehmer Stimme. Im Jahre 1904 in Berlin geboren, besuchte er hier die Gemeindeschule. Als Dreizehnjähriger trat er als Kaufmannslehrling in Stellung und besuchte die Fortbildung- und Handelsschule. Darauf betriebe er zeitweilig bei verschiedenen Firmen Stellungen, war zwischendurch arbeitslos und erhielt schließlich unter Vermittlung des Bruders des Ermordeten die Stellung eines Stadtreisenden bei Wurzel. Zum erstenmal besuchte er diesen am 17. Dezember. Etwa am 22. erhielt er von ihm die ersten Aufträge. Der Angeklagte erzählt ausführlich sein Verhalten am 24. Dezember. An diesem Mordtage will er um 10 Uhr mit einer Dame zusammengetroffen sein, die ihm 70 M. eingehändigt hätte. Dann habe er einige Lokale besucht und sei etwa gegen 12 Uhr zu Wurzel gekommen, von wo aus er an seine Braut telefoniert habe, daß er sie um 1 Uhr nicht treffen können würde. Seine Aktenmappe habe er bei Wurzel gelassen mit der Absicht, sie nach Weihnachten abzuholen. Gegen 2 Uhr habe er dann seine Braut getroffen, ihr 25 M. gegeben, da er ihr Geld schulde. Dann mietete er sich ein Zimmer — obgleich er eine Wohnung inne hatte, zog hier keinen neuen Anzug an, den er kurz vorher aus der Pfandleihe abgeholt hatte, nähte an seinem Mantel einen kleinen Riß zu und warf seine alte Hofe weg, da sie, wie er erklärt, zerissen gewesen war. Als er später in der Zeitung las, daß man den Tabakhändler Wurzel aufgefunden habe und daß ein kurz vorher bei ihm angestellter Reisender im Verdacht stehe, den Mord begangen zu haben, erschraf er. Er begab sich aber zu seiner zukünftigen Schwiegermutter, bei der er zu Mittag eingeladen war, und wurde hier von den Kriminalbeamten verhaftet.

Der Vorlesende hält dem Angeklagten eine Reihe Widersprüche vor und auch keine Aussagen, die bei der polizeilichen Vernehmung in vielen Punkten mit den heutigen auseinandergelien. Er hatte sich anfangs überhaupt geweigert, Aussagen zu machen. Eine

große Rolle spielt der Umstand, daß er anfangs behauptet hatte, das Geld, in dessen Besitz er sich am 24. Dezember befand, von seinem Onkel erhalten zu haben. Als ihm jedoch die Unwahrheit dieser Behauptung nachgewiesen wurde, erklärte er, es von einer Dame erhalten zu haben, mit der er einige Male geschlechtlich verkehrt hätte. Auch eine große Anzahl anderer Widersprüche wird dem Angeklagten vom Vorsitzenden vorgehalten, der alle mit teilweise glaubwürdigen, teilweise wenig glaubwürdigen Antworten ungeschädlich zu machen versucht.

Erster Schneefall.

Heute nacht ist in den Straßen Berlins der erste Schnee gefallen. Gegen 4 Uhr kamen die Flocken, die sogleich im Regenschaukel der Straße ertranken. Der plötzliche Witterungsumschlag, der Donnerstag gegen 10 Uhr mit starkem Regen einsetzte, hatte eine nicht unerhebliche Temperaturerhöhung zur Folge. Der Umschwung vom trockenen, verhältnismäßig kalten Wetter der letzten Tage erklärt sich, wie uns von sachverständiger Stelle mitgeteilt wird, von einem Tiefdruckgebiet, das gestern über dem Meerbusen von Bistaja lagerte. Temperatur und Druckverteilung dieses Tiefs sprachen dafür, daß es südlich von uns nach Osten ziehen würde. Als es nach Süddeutschland kam, machte es jedoch einen Bogen und zieht nun nach Nordosten. Daraus resultieren unsere Niederschläge. Heute morgen sind an derselben Stelle zwei neue Tiefs aufgetaucht, die vermutlich denselben Weg gehen werden. Für morgen ist mit einer geringen Abnahme der Niederschläge bei kaltem, bewölkttem Wetter zu rechnen. Diese Feuchtigkeitsschwäche ist jedoch nur vorübergehend. Weitere stärkere Niederschläge sind zu erwarten. Sehr kalt ist es übrigens zurzeit auf dem Brocken, wo man 5 Grad Kälte registriert, während das übrige Nordwestdeutschland ungefähr Berliner Temperaturen aufweist. Im Riesengebirge liegt der Schnee bis zu 600 Meter hinunter.

Stad-Turnier.

Ja, das gibt es auch. Gestern hat der Kampf um die Stadtmeisterschaft Berlins begonnen. In dem Festsaal eines großen Hotels in Moabit werden die unblutigen Kämpfe ausgetragen. Statmeister zu sein, scheint ein Ziel, „des Schweißes der Edlen wert“, es gibt eben Leute, die keine anderen Sorgen haben. Und man begnügt sich nicht mit ein oder zwei Tagen. Bewahre, zwei Wochen lang, bis Sonntag, den 7. November, wird man sich gegenüber sitzen, sich in die treuen Augen starren und triumphierend sein Rullover in die Welt schmettern. Ob man dabei Essen und Trinken und andere Notdürfte des Leibes vergessen wird? Aber man kämpft nicht nur um die Ehre. Preise sind für die Sieger ausgelegt. Die Turnierleitung will sogar 1000 M. in bar dem besten Statmeister zahlen und außerdem stehen noch fünfzig andere Preise zum Trost und zur Verteilung aus. Täglich wird nun gespielt von 5 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts, und am Sonntag beginnt das Vergnügen bereits vier Stunden früher, und die Beteiligungsgelder beträgt drei Mark. Man hat auch Tagespreise ausgelegt, mit denen an jedem Spieltage die drei besten Spieler deforiert werden. Also was dem Schach recht ist, muß dem Stab billig sein, und vielleicht erblüht Berlin auch bald ein Sechszehnjährig-Meister. Warum nicht? Troh dem Gut Stal!

Verkaufszwang für Waren im Schaufenster.

Im Publikum ist vielfach die irrige Auffassung verbreitet, daß die Ladengeschäfte verpflichtet seien, dieselben Gegenstände, die sie mit Preisauszeichnungen im Schaufenster ausgestellt haben, auf Verlangen dem Käufer zu überlassen. Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin weist demgegenüber darauf hin, daß keine gesetzlichen Bestimmungen bestehen, wonach der Verkäufer zum Verkauf der im Schaufenster ausgestellten Waren gezwungen werden kann. Die Verkaufszwang bedeutet lediglich eine öffentliche Berteuerung zur Abgabe von Waren gleicher Art zu dem ausgezeichneten Preise, so daß, wenn der Anbietende nicht in der Lage ist, diese Ware abzugeben, eine unrichtige und gegen das Gesetz verstößende Angabe vorliegen würde. Ein Zwang, gerade den im Schaufenster ausgezeichneten Gegenstand abzugeben, besteht nicht.

Fünf Umsteigebahnhöfe bei der Hochbahn.

Mit der Eröffnung der Ergänzungstrecke Wittenbergplatz-Rollendorfsplatz-Kurfürstenstraße-Gleisdreieck am 24. Oktober wird das Netz der Berliner Hoch- und Untergrundbahnen drei Hauptlinien aufweisen, die ähnlich wie in Paris und London das Stadtgebiet von Osten nach Westen, von Norden nach Süden durchziehen, und so eine schnelle, vom Straßenverkehr losgelöste Verbindung der einzelnen Stadtteile untereinander herstellen. Diese drei Hauptlinien, die selbstständig betrieben werden und dadurch die größte Leistungsfähigkeit in der Zugfolge und Beförderung der Reisenden erhalten, sind die alte Stammstrecke von Charlottenburg bzw. Dahlem-Bilmersdorf über Wittenbergplatz-Alexanderplatz nach Nordring, die Nord-Südbahn von Reutkölln und Kreuzberg über Hallesches Tor-Friedrichstraße nach Seestraße und die Strecke von Schöneberg bzw. Kurfürstendamm über Rollendorfsplatz-Gleisdreieck nach Warschauer Brücke. Um von der einen Hauptlinie auf die andere zu gelangen, ist dann ein Umsteigen erforderlich, dem die fünf Umsteigebahnhöfe Friedrichstraße, Gleisdreieck, Hallesches Tor, Rollendorfsplatz und Wittenbergplatz im wesentlichen dienen. Auf der neuen Strecke über Kurfürstenstraße, zwischen Warschauer Brücke und Schöneberg, werden den ganzen Tag durchgehende Züge fahren, ebenso in den Hauptverkehrsstunden zwischen Warschauer Brücke und Uhlandstraße, so daß auf der Oststrecke bis Rollendorfsplatz eine Zugfolge von 2½ Minuten besteht. In der verkehrsschwachen Zeit fahren die Kurfürstendammzüge bis Bahnhof Gleisdreieck, oberer Bahnhof.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Genosse Walter Bieler spricht Dienstag, 26. Oktober, 7/8 Uhr, in der Oberrealschule Berlin-Steglitz, Wilmstr., über das Thema: „Ist Frieden Friede?“ — Der Sprechchor misst mit. — Unkostenbeitrag. — Sonntag, 24. Oktober, 8 Uhr, findet in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-Augustplatz, eine religiöse Feierstunde (ohne kirchliche Formen) statt. — Genosse Walter Bieler hält einen Vortrag über: „Kein Frieden ohne Freiheit.“ — Musikalische Umrahmung, Vologesang. — Frau Johner-Hoefeler, Geige Frau Bieler. Eintritt M. 0,30.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr Pappel-Allee 13, Vortrag des Herrn Dr. G. Rosenbergs: Die Kreuzzüge. Harmonium: Andante (Blas). Gäste willkommen.

Selbstmord eines Leipziger Direktors. Ein aufregender Vorfall spielte sich am Donnerstag nachmittag im Bureau der Darmstädter Rentenbank in der Lindenstr. 34/35 ab. Der 61jährige Direktor Georg Herrmann aus Leipzig, Fichtestr. 41, der geschäftlich in Berlin weilte, zog plötzlich einen Revolver hervor und schoß sich, ehe ihn noch jemand daran hindern konnte, eine Kugel durch die Schläfe. S. war sofort tot. Das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt ist unbekannt. Der Tote wurde nach Leipzig übergeführt.

Riesenschwindel in Schanghai und Hamburg. Deutsche und ausländische Banken um 1½ Millionen Reichsmark betrogen.

Wegen fortgesetzter riesiger Schwindeleien wird ein 51 Jahre alter Kaufmann Hermann Harrendorf von der Kriminalpolizei und anderen Behörden gesucht. Harrendorf stammt aus Altona, war seit längerer Zeit in Schanghai ansässig, ist aber noch deutscher Reichsangehöriger.

Er stand in Geschäftsverbindung mit zwei Kaufleuten namens Münch und Weder in Hamburg. Diese exportierten an ihn nach Schanghai seit mehr als einem Jahre angeblich hochwertige Waren aller Art, die im Hamburger Hafen verschifft wurden. Im laufend über bares Geld verfügen zu können, verkaufte die Exporteure und der Importeur in Schanghai die Konnossemente an ausländische und deutsche Banken und erhielten darauf, dem hohen Werte der deklarierten Waren entsprechend, bedeutende Summen. Harrendorf löste die Wechsel, die er aus seinen Geschäften heraus den Banken in Zahlung gab, pünktlich ein. Mit Beginn dieses Jahres jedoch traten Störungen ein. Bevor noch der Ursprung und der Umfang der vermeintlichen Geschäftsschwierigkeiten klar gestellt werden konnten, war Harrendorf aus Schanghai eines Tages plötzlich verschwunden. Jetzt schöpfte man Verdacht und sah sich die für ihn eingegangenen Sendungen, die in ganzen Häufen in Schanghai noch lagerten, näher an, um sie auf ihren wirklichen Inhalt zu prüfen. Da ergab sich, daß alle Kisten wertlose Wassergläser enthielten. Auf diese Waren hätten die Banken natürlich nur wenig oder gar nichts gegeben. Deshalb wurden die Konnossemente auf die hochwertigen Frachten umgefälscht. Die Hamburger Kriminalpolizei ging den Dingen aus den Grund, stellte bisher betrügerische in Höhe von mindestens 1½ Millionen Mark fest und nahm Münch und Weder in Haft. Auch gegen Harrendorf wurde Haftbefehl erlassen, er war aber bereits verschwunden und soll den Weg über Sibirien und Moskau nach Warschau eingeschlagen haben. Man vermutet, daß er von dort aus über Berlin nach London zu fahren beabsichtigt. Harrendorf ist fast 1,80 Meter groß und kräftig gebaut, hat dunkelblondes Haar, ein volles Gesicht, braune Augen und eine eingebogene Nase. Besondere Kennzeichen sind Narben am linken Oberarm und an beiden Händen. Mittelungen über sein Auftauchen in Berlin an die Fahndungsinspektion S. im Polizeipräsidium.

Die Opfer der Sturmkatastrophe in Kuba.

Die Zahl der Opfer des letzten Wirbelsturmes auf Kuba ist auf mehr als 650 Personen gestiegen. Die Anzahl der Verwundeten ist unbekannt. 6500 Personen sind ohne Obdach, u. a. sind in Havanna selbst 200 Tote zu verzeichnen, in Bataviano 300, in Bejucal 30, in Gabriel 11. Ungefähr zehn Städte und Dörfer sind vollkommen zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf 100 Millionen Dollar veranschlagt.

Sport.

Saisonbeginn im Sportpalast.

Am kommenden Sonntag geht die Eröffnung der Berliner Winterradrennbahn im Sportpalast vor sich. Die Bahn ist soweit hergerichtet, daß die Fahrer das Training aufnehmen können. Gestern fand in der hübschen Winterportstätte der Empfang der Berliner Presse statt. Die Direktion, vertreten durch die Herren Kariol und Königsberger, gab hier ein Bild von dem, was sie in der Winteraison veranstalten will. Im Vordergrund stehen selbstverständlich die Radrennen: am 24. Oktober das Eröffnungsrennen, am 31. Oktober ein internationales Drei-Stunden-Mannschaftsrennen und endlich vom 4. bis 10. November das 17. Berliner Sechstagerrennen. Die Eislaufkünstler werden jeden Tag im Rahmen des Abendprogramms ihre ausgezeichnete Kunst zeigen, um dann im Januar/Februar die Eislaufmeisterschaften auszutragen. Auch der Boxsport wird weiter gepflegt, wenn Borer vorhanden sind. Alles in allem genommen steht der Sportpalast zur Winteraison gerüstet da. Inwieweit sich die Hoffnungen der Direktion erfüllen werden, wird allerdings von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage abhängen.



Ulster und Paletots
reich sortiert in allen Farben und Formen
Preiswert in unseren anerkannt guten Qualitäten
Herren-Ulster 47.-
Herren-Ulster 57.-
Herren-Ulster 69.-
Herren-Ulster 75.-
Herren-Ulster 82.-
Herren-Ulster 89.-
Herren-Ulster 97.-
Winter-Paletot 57.-
Gehrock-Paletot 75.-
Sporipelze 190.-
Gehpelze 290.-
Damen-Pelzjacken 225.-
Damen-Pelzmäntel 190.-
Jünglings-Ulster 32.-
Jünglings-Ulster 43.-
Kieler Pyjacks 10.-
Ulster und Schlüpfer 11.-
Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6

95 Pf. WOCHE

Freitag **Schlussstage** Montag

Sonnabend

1 Sämisch-Fensterleder 95 Pf.	1 grosse Schüssel weiss Porzellan, 27cm 95 Pf. 1 Satz Salattieren 6teilig, weiss 95 Pf. 1 Keksdose geschliffen 95 Pf. 6 Bierbecher geschliffen 95 Pf.	1 Glasschale und 4 Kompottteller, gepresst 95 Pf. 12 Kompotteller gepresst 95 Pf. 6 Kompottschälchen gepresst 95 Pf.	1 Eiermenage „Britannia“ komplett 95 Pf. 1 gross. Leibwärmer Bloch 95 Pf. 1 Holz-Handtuchhalter 95 Pf. 1 Plättbrett unbezogen 95 Pf.	3 Pakete Schnitzel-Selfenpulver 95 Pf.
5 Pakete Terpentin-Salmiak-Selfenpulver 95 Pf.	1 Emaillewanne Stück grau, rund, extra tief 95 Pf. 1 Waschbecken Emaille, mit Seifnapf 95 Pf. 1 Kasserolle Emaille, gross, grau 95 Pf.	4 Paar Mokkatassen mit Handdekor zusammen 95 Pf. 6 Abendbroteller und 4 Kompotteller, weiss Porzellan, mit Febl., zusammen 95 Pf. 8 Speiseteller weiss Siebgrat zusammen 95 Pf.	1 Kartoffelpresse Stück verziert, gross 95 Pf. 1 Spritzkocher gross, auf 1 Tablett 95 Pf. 1 Küchenschemel aus Holz 95 Pf.	2 Rollen Toilettenpapier 1 Halter 95 Pf.
1 Stück Kernseife 1 Scheuertuch 1 Pulver 95 Pf.	1 Aschbecher geschliffen 95 Pf. 3 Römer auf grünen Fuss 95 Pf. 1 Butter- und Käse-Glocke gepresst 95 Pf.	1 Rahmservice 8tlg., gepresst 95 Pf. 1 blaue Glasvase 20 cm hoch 95 Pf. 1 Ofen-Heizrohr 95 Pf. 1 Sturmlaterne mit Petroleumbrenner 95 Pf.	3 Fleischbretter zusammen 95 Pf. 1 Petroleumkanne lackiert, 2 Liter Inhalt 95 Pf. 1 Emaille-Ascheimer 28 cm 95 Pf.	6 Riegel Kernseife 95 Pf.
3 Pakete Blitzblank 1 Scheuerbürste 1 Stück Kernseife 95 Pf.	Nächste Woche besonders preiswerte Angebote in: Glas·Porzellan·Wirtschaftsartikel			3 Stück Riesen-Toiletteseife 95 Pf.

HERMANN TIETZ FRANKFURTER ALLEE

J. Baer, Berlin N20
 Badstraße 26, Ecke Prinzenallee

Neuheiten
 für
Herbst und Winter
 in
 Herren- u. Knabenmoden
 Fertig und nach Maß

Sport- und Berufskleidung

Trotz billiger Preise nur Qualitätsware

Betten

Deckbetten	12- 24- 41- 53-
Unterbetten	10- 15- 32- 43-
Kopfkissen	4- 7- 12- 19-
Stegdecken	13- 15- 18- 20-
Daupendecken	48- 60- 86- 95-
Metallbetten	15- 18- 22- 27-
3tlg. Matr. u. Kellh.	18- 18- 24- 28-

Bettenhaus A. Schonert
 Draniensstraße 12 - Eckhaus Heinrichplatz

Zahn-Institut
 Königstr. 48, Eingang Hoher Steinweg
 gegenüber dem Rathaus

Anfertigung von modernem
Zahnersatz gegen Teilzahlung

Nur erstklassiges Material.
 Langjährige Garantie — Billigste Preise
 Schonendste Behandlung.
 Untersuchung kostenlos.

Jedermann kann sich hier den Zahnersatz leisten!

Bleyle's

Strickkleidung für Herbst und Winter.
 Westen für Herren, Damen, Kinder.
 Knaben-Anzüge, Schul- u. Anknöpfhosen.
 Sweater für Knaben und Mädchen.
 Faltenröcke, Reformhosen u. Schlüpfer.
 Original-Listen-Preise. — Katalog gratis.

August Berg, Umlandstraße 107
 Spezialgeschäft für Wollwaren.

Auf Teilzahlung!

Herren- Damen- **Garderobe**
 Mäntel, Ulster, Paletots, Anzüge, Joppen.

MÖBEL
 Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Küchen, Einrichtmöbel, Federbetten.

Aniel, Gr. Frankfurter Str. 34
 Strausberger Platz

Der Facharzt
 berordnet
Dr. Scholl's Zino Pads

In drei Formen gegen
 Hämorrhoiden, Ballen
 und Hornhaut

Sofort schmerzfreies Gehen!

Schnelle gründliche Heilung! Karton 1 Mark.

In beziehen durch alle Apotheken und Drogerien
 Dr. Scholl's Generalvertretung
 in Berlin W57, Lather-Strasse 55
 Tel. Kurfürst 846.

Küchen
 jetzt bedeutend billiger

frühe-Möbel	40 K.	70 K.
Arbeits-Tische aus	70 K.	110 K.
Arbeits-Tische Holz	95 K.	145 K.
Arbeits-Tische Eisen	125 K.	175 K.
Einleibstische, mit 90 cm	35 K.	50 K.

mailliert

Anstellung besserer Klempner-Küchen.

Küchenmöbel-Haus
Laserslein, Luckauer Straße 1
 Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren
 Dickmann A.-G., W 57
 Wochenendhäuser — Prospekte gratis!
 Wald- u. Wasserparzellen - Nachweise.

Besonders **wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtanlage des „Vorwärts“ und **billig!**

Es wird kälte!

ULSTER

elegante Formen
 gute Qualitäten
 u. billige Preise
 durch direkten Großverkauf und eigene Fabrikation

Ulster modern gemusterte Winterstoffe	37.50
Ulster schwarzer Winterdunst, viele Farben	45.00
Ulster Cheviot u. Gabardine, schöne Abstele	49.00
Ulster neue dunkle Farbestellung, schwere Qualität	57.00
Ulster marengo und andere dunkle Farben	75.00
Ulster schwere Flanell-Qualität, neue dunkle Melang.	85.00
Ulster Flanell- und Ratiné-Qualität, dunkle Farben	98.00
Paletots mit Samtkragen, marengo Cheviot und schwarze Eskimo	46.00
Paletots mit Samtkragen, marengo Cheviot	54.00
Paletots Reckform, marengo, raffinierte-Futter	56.00
Paletots auch Reckform, schwarz und marengo Cheviot	75.00
Paletots auch Reckform, dunkel marengo, besonders gute Qualität	98.00

Gottlieb Weis
 Geg. 1892

Oberhemden Hüte Binder etc. sehr billig!

SCHÖNEBERG * Hauptstraße 161

Teppiche
 Großes Lager in
Gelegenheitskäufen
 in allen Größen

Sonder-Abteilung für Tapeten
 Große Auswahl in zeitgemäßen Mustern

Linoleum
 für Treppen u. Zimmerbeläge
 eigenes geschultes Lagerpersonal

Linoleum-Läufer	67 br. 2.65
	90 br. 3.50
	110 br. 4.45
	133 br. 5.40

Linoleum-Teppiche
 Linoleum-Läufer
 Stoff- und Kokos-Läufer

Untergrundbahn
 Rathaus, Neukölln **Karl Schuldt, Berliner Str. 82** Ecke Wolkestr. Tel. Neukölln 2690